

Sozialdemokratie und Sozialistengesetz in Westfalen

Arno Herzig
in Zusammenarbeit mit Sonja Baukloh

Die Entwicklung der westfälischen Industrie im 19. Jahrhundert

Bereits im Mittelalter zählte das heutige südwestfälische Industriegebiet zu den führenden Zentren gewerblicher Produktion in Deutschland. Die merkantilistische Politik der preußischen Könige hatte im 18. Jahrhundert diese Entwicklung weiter vorangetrieben und in den westfälischen Gebieten, die damals bereits zu Preußen gehörten; nämlich in der Grafschaft Mark mit Hamm, Iserlohn, Hagen, Schwelm und Altena und in der Grafschaft Ravensberg mit Bielefeld als Zentrum eine stark spezialisierte Industrie geschaffen. Während man im märkischen Industriegebiet Draht- und Kleineisenindustrie betrieb, konzentrierte man sich im Ravensbergischen auf die Textilindustrie.

Das 19. Jahrhundert brachte dann den eigentlichen Wendepunkt in dieser Entwicklung: nämlich eine Ausdehnung und Intensivierung der Produktion. Dafür waren hauptsächlich zwei Faktoren ausschlaggebend: (1) Durch die Gebietsumverteilung auf dem Wiener Kongreß (1815) wurde **Westfalen** zu einem einheitlichen Wirtschaftsraum. Zu der nun zu Preußen gehörenden Provinz zählten auch die ehemaligen geistlichen Fürstentümer Münster und Paderborn und das Siegerland. Damit waren neue Industriezonen gewonnen worden: das **Siegerland** mit seiner Eisen- und das **Münsterland** mit seiner Textilindustrie. Für diese Gebiete galt nun auch das für Preußen 1810 beschlossene Prinzip der Gewerbefreiheit. Während bis dahin die gesamte industrielle Produktion lediglich im Rahmen der Zunftordnung vor sich gehen durfte – das bedeutete: nur ein Meister, der das Handwerk gelernt hatte, durfte Werkstätten und Fabriken errichten – konnte nun, bedingt durch das neue Gesetz, jeder, der sich dazu in der Lage fühlte und das Kapital dazu hatte, in die Produktion einsteigen. (2) Die Errungenschaften der industriellen Revolution in England hatte man Ende des 18. Jahrhunderts auch in Westfalen eingeführt: 1786 war in Hattingen die erste mechanische Spinnerei eingerichtet, 1799 auf der Saline Königsborn bei Unna die erste Dampfmaschine in Betrieb genommen worden, im gleichen Jahr auch auf der Zeche Vollmond bei Langendreer. Diese Entwicklung ging jedoch nur langsam voran. Es dauerte noch über 60 Jahre, bis Westfalen zu einer der industriell führenden Provinzen in Preußen wurde.

Die Entwicklung des Ruhrgebiets

Bis zur Jahrhundertmitte zählte das heutige Ruhrgebiet zu den industriell unterentwickelten Gebieten in Westfalen. Seit 1799 setzte man zwar auch im Kohlebergbau die Dampfmaschine ein, was einen Abbau bis zu 46 Metern Tiefe ermöglichte, die Schachtanlagen waren jedoch noch keine kapitalintensiven Unternehmen, die Zahl der Beschäftigten hielt sich in Grenzen. Mit 177 Bergleuten war die Zeche Sälzer und Neuack bei Essen die größte im Ruhrgebiet. Die Entwicklung ging nur allmählich voran. 1837 war es gelungen, die Mergeldecke zu durchstoßen und in 130 Metern Tiefe die Kohle abzubauen.

Damit verlagerte sich der Kohleabbau von der ursprünglichen Ruhrzone in die Hellwegzone und bald auch in die Emscherzone. Vorangetrieben wurde die Entwicklung vor allem durch die verkehrsmäßige Erschließung dieses Gebiets. Der Bau der Köln-Mindener-Eisenbahn durch die Emscherzone (1843–1847) garantierte nicht nur den Absatz der Kohlen über Westfalen hinaus, sondern trieb auch die Eisenproduktion kräftig voran. Die Ansiedlung der Hüttenwerke, der Bau der Metallwaren- und Maschinenfabriken war die Folge.

Damit verlagerte sich langsam in den 60er Jahren der industrielle Schwerpunkt aus dem Märkischen Sauerland in das Ruhrgebiet. Hier entwickelte sich im Gegensatz zu dem märkischen Industriegebiet, das die überkommenen kleinen Betriebsgrößen beibehielt, seit den 60er Jahren auf der Basis der Aktiengesellschaften große Industrieunternehmen. So kam es, daß zwischen 1860 und 1870 im Ruhrgebiet die Zahl der Zechen zwar zurückging (von 281 auf 220), gleichzeitig aber die Zahl der Beschäftigten von 29 300 auf 51 400 und die Förderung von 4,4 Mill. Tonnen Kohle auf 11,8 Mill. Tonnen stieg. Das Kapital hierfür kam nicht nur aus der rheinischen Nachbarprovinz, sondern auch aus dem Ausland, vor allem aus England.

Mit der Entwicklung des Ruhrgebietes wurde Westfalen neben dem Rheinland zur wichtigsten Industriezone Preußens und behauptete seinen Platz weit vor den übrigen Industriezonen: Oberschlesien, Berlin, Sachsen, dem Rhein-Main-Gebiet und dem Saarländisch-Lothringischen-Gebiet. Durch die Konzentration der Industriearbeiter in diesem Gebiet lag es nahe, daß Westfalen zu einer der Kernzonen der Arbeiterbewegung wurde.

Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Westfalen bis 1875

Zur Zeit der Industrialisierungsphase im südlichen Westfalen konnte die Wirtschaft ihren Arbeitskräftebedarf aus einer großen Masse am Rande des Elends dahinvegetierender Arbeiter rekrutieren. Diese Schicht hatte sich im Zuge der krisenhaften Entwicklung in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts herausgebildet und bestand weitgehend aus den ehemaligen Arbeitskräften des Handwerks und des Heimgewerbes sowie der rasch angewachsenen ländlichen Bevölkerung.

Da das Angebot an solchen Arbeitskräften größer war als die Nachfrage der sich langsam entwickelnden Industrie, konnten die Löhne aufgrund dieser Konkurrenzsituation auf ein Minimum gedrückt werden, durch das den Arbeiterfamilien kaum das Überleben garantiert war. Frauen und Kinder, die durch ihre Arbeit zum lebensnotwendigen Unterhalt der Familie beitragen mußten, verschärften die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt noch, da sie von den Fabrikanten als Lohndrücker eingesetzt wurden.

Anfänge der Arbeiterbewegung: die spontanen Aktionen

Die westfälische Arbeiterbewegung entstand unter dem Diktat dieser kapitalistischen Ausbeutung. Sie entwickelte sich jedoch langsam und bestand zunächst, bevor sie den Grad einer überregionalen Organisation erreichen konnte, aus spontanen, auf einzelne Mißstände bezogenen Zusammenschlüssen der Arbeiter an ihrem Arbeitsplatz. Dort versuchten sie, ihren akuten Forderungen durch Arbeitsniederlegungen oder Fabrikbesetzungen Nachdruck zu verleihen.

So besetzten zum Beispiel in Iserlohn, damals die bedeutendste Industriestadt Südwestfalens, Arbeiter die Fabrik des Fabrikanten H. H. Schmidt, der „junge Mädchen zur Sondierung der Fabrikwaren, womit sonst Männer beschäftigt waren, in Dienst genommen hatte“, um ihn zu zwingen, für diese Arbeit wieder männliche Arbeitskräfte einzustellen. In Schildesche bei Bielefeld kam es im Juli 1845 zu einem Streik von 2 000 Arbeitern, die beim Bau der Köln-Mindener Eisenbahn tätig waren. Die Streikenden versuchten, einen Lohn durchzusetzen, der wenigstens die täglichen Nahrungsmittel garantierte. Sowohl in Iserlohn wie in Schildesche setzte der Staat Soldaten ein, die den Streik niederschlugen.

„Aufstände“ und „Revoluten“ – so bezeichnete man damals in den amtlichen Dokumenten die Streiks der Arbeiter – wie die in Iserlohn und Schildesche kennzeichnen den Lernprozeß der Arbeiterbewegung. Es waren praktische Erfahrungen, die aus der konkreten Situation gewonnen wurden, Abwehrmaßnahmen, die darauf ausgerichtet waren, konkrete soziale Mißstände zu ändern. Es fehlte eine Theorie und eine weitergehende Zielsetzung. Dort, wo in intellektuellen Kreisen sozialistische Ideen entwickelt wurden, wie im sogenannten Rhedaer Kreis, um den Herausgeber des „Westfälischen Dampfboots“ Otto Lüning, gab es keine Vermittlung zur Arbeiterklasse. Aufgrund der mangelnden Theorie, aber auch des staatlichen Verbots für Arbeiter, sich zusammenzuschließen, fehlte eine überregionale Organisation, eine der Voraussetzungen einer starken und geschlossenen Arbeiterbewegung.

Am ehesten schien diese noch möglich im Rahmen der Zusammenschlüsse besonders qualifizierter Handwerker, wie der Zigarrenarbeiter, die mit ihren Vereinen in Bielefeld, Dortmund, Erwitte, Hagen, Hamm, Herford, Lünebecke, Münster, Paderborn, Rheda, Unna, Vlotho und Wiedenbrück, soweit es die damalige Gesetzgebung zuließ, sich in einer ganz Deutschland umfassenden Gewerkschaft zusammengeschlossen hatten. Sie konnten sich bis Ende 1853 gegenüber den staatlichen Repressionen behaupten.

Was sich an Ansätzen einer Organisation herausgebildet hatte, zerschlug nach 1850 die Reaktion. Die spontane Aktion blieb deshalb auch weiterhin die einzige Basis der Arbeiterbewegung in Westfalen. Auf dieser Basis hatten die Iserlohner Arbeiter auch in der Revolution 1848/49 agiert. In spontanen Aktionen hatten sie die Heraufsetzung der Mindestlöhne auf wöchentlich 3 Taler und den Beitritt zur Bürgergarde durchgesetzt. Als spontane Aktion

Verhandelt

Iserlohn, den 29. März 1848.

Nachdem sich heute abermals wieder viele hiesige Fabrikarbeiter vereinigt hatten, um dem Vernehmen nach abermals den hiesigen Verwaltungsbehörden verschiedene Wünsche und Anträge vorzutragen, so wurden von Seiten der Landrätlichen und Magistrats- Behörden die Herren Alex. Loebbecke, Joh. Duncker jun., Heinr. Meyju & Co. Witte, Aug. Ebbinghaus, Aug. Burkhard, Carl Maake und Carl Düttmann ersucht, sich mit den hinter der Haardt versammelten Fabrikarbeitern in Besuchen zu setzen und über deren nachträglichen Anträge zu referieren. Nachdem dieser Auftrag ausgeführt war, traten

1. der Herr Landrath
2. die Magistratsmitglieder
3. die unterzeichneten Fabrikhaber

zusammen und faßten folgende Beschlüsse:

- I. Die in den letzten zwei Jahren im obersten Berge geschehenen Anpflanzungen sollen unverzüglich entfernt und folgergestalt die Erde im gedachtem Districte wieder frei gegeben werden. Man vertraut dann aber auch dem guten Sinne der Arbeiter, daß die übrigen Districte wie bisher durchaus geschont werden.
- II. Der Graswachs zwischen und neben den städtischen Teichen soll zur Erde frei gegeben, also nicht mehr anderweit benützt werden.
- III. Jeder qualifizierte Fabrikarbeiter über 24 Jahre soll wöchentlich einen Verdienst von wenigstens drei Thaler haben, Eine aus den Fabrikarbeitern zu bildende Commission hat darüber zu entscheiden ob der Arbeiter zur einen qualifizierten zu erachten ist oder nicht.
- IV. Herr Muraud scheidet sofort aus der vorgestern gebildeten Commission zur Regulierung der Arbeiter-Verhältnisse aus.
- V. Was die Arbeiter wirklich verdienen haben, soll ihnen unverkürzt ausbezahlt werden, und soll also denselben, selbst bei Anfertigung größerer Quantitäten, von einem gewissen Ueberschuß durchaus nichts abgezogen werden.
- VI. Die Preise aller Artikel sollen unverzüglich durch die Fabrikherren festgestellt und jedem Arbeiter ein Preis- und Abrechnungsbuch eingehändigert werden, so daß also nach diesen festgestellten Preisen die Lohnung ohne Abzug erfolgt.
- VII. Sämmtliche Fabrikhaber werden unverzüglich bei Gerichte Anträge bezugs Aufhebung der gerichtlichen Arrestbeschlüsse erörtern.
- VIII. Alle diese Concessionen sind nur dann für die Behörden und Fabrikhaber rechtswertig, wenn von heute ab keinerlei Klageforderungen durch Fabrikarbeiter mehr stattfinden werden.
- IX. Die in diesem Augenblicke nicht anwendenden Fabrikhaber sollen durch die Anwesenden noch heute zum Beitritte zu dieser Verhandlung aufgefordert werden.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben

Der Landrath.

Der Magistrat
Franz. — Schubart.

H. D. Eichelberg & Comp. Grillo & Brunn. J. Duncker & Maake. Steph. Witte & Comp. J. H. Schmidt Söhne. Kissing & Möllmann. Herbers Witte & Comp. Ebbinghaus & Schrimpf. H. L. Assmann. Schmölle & Komberg. Aurand & Sudhaus. Becker & Lincke. J. W. Dommiter. Casp. Died. Piepenstock. Mückel, Wising & Gerlinghaus. J. H. Becker junr. A. Hausser Söhne. W. S. Löbecke & Comp. Pet. Casp. Vieler. pr. Gebr. Kuhlmann (W. Kuhlmann.) L. & G. Cüppers. Ludw. Eichmann. C. W. Rier. C. H. Hanebeck f. W.

ohne überregionalen und langfristigen organisatorischen Hintergrund ist auch das bedeutendste Ereignis der Revolution von 1848/49 in Westfalen zu verstehen: Die Erhebung der Iserlohner Arbeiter in den Maitagen 1849. Sie begann mit der Verweigerung der Einkleidung der Landwehr, die zur Niederschlagung des Pfälzer Aufstands herangezogen werden sollte, eskalierte in der Eroberung des Iserlohner Zeughauses, der Bewaffnung der Arbeiter und dem Bau von Barrikaden und endete im Kugelhagel der preußischen Soldateska. Im Aufruf des von den Revolutionären eingesetzten Iserlohner Sicherheitsausschusses hieß es:

„Die Einkleidung der Landwehr, diese letzte Verhöhnung des Volkswillens, hat die Bewegung zum Ausbruch gebracht; das Zeughaus ist erstürmt, die Waffen sind in den Händen des Volkes. Dieses Volk, die Bürger von Iserlohn, pflanzen auf die Barrikaden das Banner der Deutschen Einheit; sie stellen der Krone ihr Ultimatum: die Entlassung des Ministeriums Brandenburg mit Ersetzung desselben durch ein volkstümliches Kabinett, dessen erste Handlung die unbedingte Anerkennung der Deutschen Reichsverfassung mit Einschluß des Wahlgesetzes ist. Mitbürger! Brüder in Mark und Westfalen, dies sind unsere Forderungen, hierfür haben wir die Waffen ergriffen und werden kämpfen bis zum letzten Atemzuge, bis dieselben entweder erfüllt oder bis über uns und die Freiheit der alte Despotismus zum Siege schreitet.“

Es waren die einstigen politischen Ideale des Bürgertums, für die die Iserlohner Arbeiter auf die Barrikaden gingen. Doch die Solidarisierung der übrigen Demokraten Westfalens mit den Iserlohner Arbeitern blieb aus. Über Hunderte starben unter den Kugeln der preußischen Soldaten, 67 wurden angeklagt, unter ihnen der spätere Arbeiterführer Carl Wilhelm Tölcke.

Die spontane Aktion blieb auch in der Reaktionszeit die einzige Form der Arbeiterbewegung im westfälischen-märkischen Industriegebiet. Wenn auch das Mitglied des Bundes der Kommunisten, Gustav Lewy, nach 1863 dann Vereinskassierer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV), kein zuverlässiger Gewährsmann ist, so scheint doch an seiner Äußerung von der revolutionären Stimmung im Märkischen Industriegebiet, die er 1856 Marx gegenüber machte, soviel zu stimmen, daß das Verhältnis zwischen Arbeitern und Fabrikanten auch in der Reaktionsphase durch spontane Aktionen der Arbeiter gespannt blieb.

Erste Versuche einer überregionalen Organisation der Arbeiter

Jedoch auch in der Revolution von 1848/49, als das Vereinsverbot nicht mehr wirksam war, wurde in Westfalen eine überregionale Organisation – im Gegensatz zum Rheinland – nur in Ansätzen geschaffen. Dazu zählen die **Demokratischen Vereine**, in denen die Arbeiter allerdings nicht die Mehrheit bildeten, und die wenigen **Arbeitervereine**, wie in Hamm und Bielefeld, die aber im Rahmen der überregionalen Arbeiterbewegung, wie der Arbeiterverbrüderung und dem Bund der Kommunisten, kaum Bedeutung gewannen.

Doch kam es auf den westfälischen Demokratenkongressen zu einem Zusammengehen der Arbeiter und bürgerlichen Sozialisten, was sich deutlich in der Programmatik zeigt. So schlug der 1. Kongress der **Demokratischen Vereine** in Westfalen, der am 10./11. September 1848 in Münster abgehalten wurde als Möglichkeit einer Änderung der Not der Ravensbergischen Weber den Zusammenschluß in Assoziationen vor. Der Mindener Gymnasial-Lehrer Dr. Theodor Hertzberg, trotz seiner Position einer der entschiedensten Demokraten in Westfalen, forderte „das Prinzip der demokratisch-sozialistischen Republik“ als Ziel der Demokratischen Vereine.

An den Kongressen der westfälischen Demokraten nahm auch der **Hammer Arbeiterverein** teil. Seine Mitglieder rekrutierten sich aus den Arbeitern, die beim Bau der Eisenbahn beschäftigt waren, wie ja überhaupt der Eisenbahnbau in Westfalen die Arbeiterbewegung erheblich gefördert hat. Im Gegensatz zu den kleinen Fabriken im Märkischen Sauerland waren beim Bau der Eisenbahn zum ersten Mal eine größere Anzahl von Arbeitern bei gemeinsamer Arbeit tätig, was offensichtlich nicht nur die Solidarität, sondern auch den Wunsch sich zu organisieren, förderte. Die Gründung des Hammer Arbeitervereins geht auf einen Freund von Karl Marx zurück, den ebenfalls bei der Köln-Mindener Eisenbahn tätigen Geometer Josef Weydemeyer, der allerdings entlassen wurde, als er „zu extravagant“ wurde, wie der Hammer Landrat von Vincke Weydemeyers politische Aktivitäten umschrieb. Schon vor dem Ausbruch der Revolution hatte er versucht, die Arbeiter in Westfalen für die Ideen von Karl Marx zu gewinnen. Doch bei Ausbruch der Pariser Februar-Revolution 1848 verließ Weydemeyer Hamm und ging nach Brüssel. Doch auch Weydemeyers Nachfolger im Hammer Arbeiterverein, Christian Esselen und Franz Schwenniger, verließen Hamm und übernahmen führende Positionen in der Arbeiterverbrüderung. Alle drei hätten dem Hammer Arbeiterverein eine führende Position verschaffen und die Gründung weiterer Arbeitervereine in Westfalen bewerkstelligen können. So entfaltete der Verein zwar 1848 eine rege Tätigkeit, konnte sich aber nicht kontinuierlich entfalten, da offensichtlich die Fluktuation seiner Organisatoren und seiner Mitglieder, die zum größten Teil Eisenbahnarbeiter waren, zu groß war. Deshalb gewann dieser Verein in der überregionalen Arbeiterbewegung, wie der Arbeiterverbrüderung und dem Bund der Kommunisten, kaum Bedeutung. Auch die Gründung eines Rheinisch-Westfälischen Arbeiterverbandes, der im Mai 1849 auf dem vom Kölner Arbeitsverein veranstalteten Arbeiterkongress beschlossen wurde, an dem auch der Hammer Arbeiterverein teilnahm, scheiterte. Die Niederschlagung der Iserlohner Erhebung im Mai 1849 ermöglichte der reaktionären preußischen Regierung eine totale Unterdrückung aller sozialistischen und demokratischen Bestrebungen in dem märkisch-westfälischen Industriegebiet. Das betraf auch die Mitarbeit in der von Stefan Born gegründeten Arbeiterverbrüderung, der sich sowohl der Hammer wie der allerdings erst im Februar 1849 gegründete Bielefelder Arbeiterverein angeschlossen hatten. Doch bereits im Frühjahr 1849 ist der Hammer Arbeiterverein nicht in der Lage, „wegen Arbeitslosigkeit seiner Mitglieder“ die Beiträge zu bezahlen. So war dieser Versuch einer überregionalen Organisation westfälischer Arbeiter gescheitert.

I. Signalement.

- 1) Name *Tölcke*
- 2) Vorname *Carl Wilhelm*
- 3) Geburtsort *Hamm*
- 4) Wohnort *Altena*
- 5) Alter *31 Jahren*
- 6) Größe *5 Fuß 11 Zoll*
- 7) Statur *stark*
- 8) Haare *brünett*
- 9) Stirne *stark*
- 10) Augenbraunen *blau*
- 11) Augen *grün*
- 12) Nase *gerade*
- 13) Mund *gerade*
- 14) Rinn *stark*
- 15) Bart *brünett*
- 16) Gesicht *lang*
- 17) Gesichtsfarbe *blau*
- 18) spricht *deutsch*
- 19) besondere Zeichen *Keine*

II. Bekleidung.

*Fräulein Anna Bornemann Oberwerkand
Burg mit Alfim*

Altena den 2. Mai 1849.

*Der Landrath des Kreises
Joh. Meyer
M. M. Meyer*

Die erste sozialistische Organisation im westfälischen Industriegebiet: der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV)

Von dem Status der spontanen Aktion zum Grad der überregionalen Organisation kam die Arbeiterbewegung im westfälischen Industriegebiet erst 1865 durch die Gründung der 1. ADAV-Gemeinden in Iserlohn und Hagen. Ferdinand Lassalle hatte damit in Altena und Dortmund keinen Erfolg gehabt. Er hatte dabei allerdings auch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, und seine beiden Bevollmächtigten, der Kaufmann Gustav Furthmann in Altena und der Advokatsgehilfe Carl Kraemer in Dortmund, waren nicht die richtigen Leute, um eine schlagkräftige Organisation aufzubauen. Dies gelang erst Hugo Hillmann mit seiner Agitation im Januar 1865 in Iserlohn. Trotz aller Repressalien von Seiten der Fabrikanten und der Behörden – die Versammlungen wurden schlichtweg verboten und Hillmann ins Gefängnis gesteckt – zählte in Iserlohn die ADAV-Gemeinde bald 700 Mitglieder. Auch in Hagen entstand eine Gemeinde. Für die Fabrikanten und die Behörden aber waren das nur Störungen der öffentlichen Ordnung. Wie Friedrich Harkort glaubten so ziemlich alle Fabrikanten mit etwas patriarchalischem Gehabe die Klassengegensätze überbrücken zu können. Unruhe konnte für sie nur von außen kommen, durch Demagogen, wie nach Ansicht der Behörden Hillmann einer war. Eine Krise könnte durch die „Volkerverführer zum Umsturz des Bestehenden gemissbraucht werden“, schrieb der Arnberger Regierungsrat von Wuhson 1865 in einem Bericht an den Innenminister. „Wie nahe solche Gefahr liegt“, heißt es weiter, „läßt sich aus den Bestrebungen der letzten Jahre, welche alle darauf gerichtet sind, die Massen zu organisieren und zu gefügigen Werkzeugen für den Fall der Möglichkeit einer erfolgreichen Aktion in Zeiten (der Krise A. H.) zu machen. Gerade eine solche Absicht lag der im Anfang dieses Jahres in Iserlohn stattgehabten Arbeiterbewegung zugrunde. Auswärtige Mitglieder des Deutschen Arbeitervereins wollten eben einmal versuchen, was dort möglich zu machen sei.“

Der Begriff der Arbeiterbewegung war hier durchaus noch im Sinne von Arbeiteraufstand gemeint und macht deutlich, wie sehr es den Unternehmern und Behörden darauf ankam, die spontanen Aktionen zu unterdrücken, vor allem aber zu verhindern, daß sich die Arbeiter in einer festen Organisation zusammenschließen könnten. Doch war dies nicht mehr aufzuhalten. Daß das Märkische Industriegebiet bald zu einem der Zentren des ADAV wurde, war nicht zuletzt den beiden Männern zu verdanken, die in Iserlohn und Hagen zum ADAV stießen: Carl Wilhelm Tölcke und Wilhelm Hasenclever. Beide bauten mit anderen Arbeiterführern zusammen nicht nur die Organisation des ADAV im westfälischen Industriegebiet auf, sondern stiegen bald im ADAV und in der deutschen Sozialdemokratie zu führenden Positionen auf.

Im Märkischen Industriegebiet gelang dem ADAV der Durchbruch zu den Fabrikarbeitern. Nicht die Handwerker – wie sonst üblich – bestimmten hier das Gesicht der ADAV-Gemeinden, vielmehr das Industrieproletariat, wenn auch nicht das Proletariat der Großbetriebe. Sie gab es damals im westfälischen Industriegebiet noch nicht.

Die politische Zielsetzung des ADAV hatte Hugo Hillmann in seiner ersten Iserlohner Rede im Sinne von Lassalle in folgenden Punkten zusammengefaßt:

1. Eine auf Gleichberechtigung aller beruhende Gesetzgebung.
2. Die Gründung von Produktivassoziationen für Arbeiter, d. h. Produktionszweigschläßen, in denen der Arbeiter auch gleichzeitig der Unternehmer war. Für diese Produktivassoziationen sollte der Staat Kredite zur Verfügung stellen.
3. Ein allgemeines gleiches und direktes Wahlrecht, „denn nur die Gleichberechtigung im Staate sei die Grundlage der wahren Staatshilfe des Volkes.“
4. Die Erlangung des „vollen Arbeitsertrages“ für den Arbeiter, d. h. die gerechte Verteilung des von dem Arbeiter erarbeiteten Mehrwerts.

Die Agitation des ADAV in Westfalen richtete sich in den folgenden Jahren in erster Linie gegen das liberale Bürgertum. Vor allem Tölcke, der bald zu einem der bedeutendsten Agitatoren des ADAV wurde, sah in ihm den „natürlichen Erzfeind der Arbeiterwohlfahrt“. Die Liberalen versuchten im Märkischen Industriegebiet die Arbeiter durch ihre Arbeiterbildungsvereine zu gewinnen. Tölcke jedoch polemisierte heftig gegen die Gründung dieser Vereine, da er in ihnen den Versuch sah, die Arbeiter von den politischen Zielen der Arbeiterbewegung abzulenken. Die heftige Polemik der ADAV-Agitatoren gegen die Liberalen, die Partei der Fabrikanten, mochte sich aus deren Bestreben erklären, die Emanzipation der Arbeiter mit allen Mitteln zu verhindern. Dabei schlugen die ADAV-Funktionäre freilich den falschen Weg ein, wenn sie im Verfassungskonflikt und auch noch nach dem Krieg gegen Österreich 1866 zusammen mit der reaktionären Regierung Bismarck gegen die Fortschrittspartei ankämpften. Es dauerte bis zum Ende der 60er Jahre, bis man begriff, daß zu der „einen reaktionären Masse“ eben nicht nur die Fabrikanten in der Fortschrittspartei, sondern auch die reaktionäre Regierung und ihre Behörden rechneten, die nach einigem Taktieren alles daran setzten, die Arbeiterbewegung zu vernichten.

Die Entwicklung des ADAV ging in Westfalen nur langsam voran. Dies läßt sich deutlich an der Anzahl der westfälischen Delegierten, die an den Generalversammlungen des ADAV teilnahmen, ablesen, soweit die einzelnen Gemeinden im Protokoll aufgeführt sind. Aus den Mitgliederzahlen im Protokoll ergeben sich folgende Relationen: Auf der Generalversammlung von 1873 waren 16 010 zahlende Mitglieder durch Delegierte vertreten, von ihnen stammten über 410 (2,6%) aus Westfalen. Auf der Generalversammlung von 1874, dem Jahr, in dem der ADAV endgültig aufgehoben wurde, war das Verhältnis ca. 970 (5,5%) zu 17 523. Auf den Generalversammlungen waren allerdings nicht immer alle Gemeinden vertreten, da häufig die Gemeinden, vor allem in Westfalen, daran gehindert wurden, Versammlungen einzuberufen und Delegierte für die Generalversammlungen zu bestimmen.

Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein.

Westfälischer Arbeitertag

am Sonntag den 22. December 1867
im Bürgergarten zu Iserlohn (Wwe. S. Westhelle.)

T a g e s - O r d n u n g :

- 1) Vormittags 11 1/2 Uhr: Eröffnung des Arbeitertages und Bewillkommung der auswärtigen Teilnehmer
- 2) Mittags 12 1/2 Uhr: Empfang des Präsidenten des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins, Herrn Reichstags-Abgeordneten Dr. von Schweiger aus Berlin
- 3) Nachmittags 3 Uhr:
 - a. Vortrag des Präsidenten: „Der europäische Socialismus“.
 - b. Discussion über die Klassenlage der Arbeiter und deren gründliche Verbesserung durch die Bestrebungen des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins

Der Zutritt ist frei für Jedermann.

Vertilgung vom Joche des Großkapitals!
Menschwürdige Existenz!
Kert mit allen socialen und politischen Schwuldeleiten!
Hoch das ewige Menschenrecht!

Mit diesen Rufsn mögen alle Arbeiter zu dem „Proletarier-Congress“ nach Iserlohn
ziehen, welche unter der Herrschaft des Geldsacks noch nicht alle Willens- und Manneskraft
verloren haben.

Iserlohn, 16. December 1867

C. W. Tölcke,
Präsident • Bevollmächtigter für Iserlohn.

Einladung zum Westfälischen Arbeitertag am 22. Dezember 1867. Diese Einladung erschien als Plakat und Annonce in der Iserlohner Presse.

Aktive Gruppen des ADAV hatten sich bis 1874 in folgenden Gebieten Westfalens entwickelt:

1. Im Märkischen Industriegebiet: Iserlohn, Hagen, Hohenlimburg
2. Im Ruhrgebiet: Dortmund, Hörde, Hamm, Gelsenkirchen und Bochum
3. Im Minden-Ravensburger Industriegebiet: Bielefeld, Oeynhausen, Minden.

Zu Beginn der 70er Jahre entwickelte sich neben dem Märkischen Industriegebiet das Ruhrgebiet als bedeutendes industrielles Zentrum. Bald war es das bedeutendste Industriezentrum, nicht nur in Westfalen, sondern in Deutschland. Im ADAV, der auch in den 70er Jahren die bedeutendste sozialistische Partei in Westfalen blieb, die 1869 von Bebel, Liebknecht und Bracke gegründete SDAP konnte sich nur in Witten und Soest behaupten – wurde dieser Entwicklung nur mehr zögernd Rechnung getragen. Lediglich in Dortmund bildete sich eine bedeutendere Gemeinde. In Hörde konnte man sich nur schwer gegen die Liberalen und in dem Wattenscheid-Bochumer Raum nur schwerlich gegen die christlichen Arbeitervereine behaupten. Noch 1874 dachte man im ADAV nicht daran, das Agitationszentrum vom Märkischen Industriegebiet ins Ruhrgebiet zu verlegen. Hindernd wirkte sich auch die falsche Gewerkschaftspolitik aus, die der ADAV bis 1873 betrieb. Die Bergarbeitergewerkschaft, die vom ADAV, 1868 initiiert worden war, scheiterte an der falschen Einstellung zur Gewerkschaftsarbeit. Die Partei – so argumentierte man im ADAV – sollte das Sagen haben, die Gewerkschaft sich hier völlig unterordnen. Das führte zu ihrem Scheitern, denn die Mitglieder der Gewerkschaften verstanden sich nicht nur als „Rekruten“ für den ADAV, wie dies immer wieder von den Agitatoren unterstellt wurde.

Durch Repressionen zur Einigung

Lange noch bevor die Gefahr eines Sozialstengesetzes sich abzeichnete, unternahm Staatsanwalt und Regierung alles, um die sozialistischen Parteien zu vernichten. Am 25. Juni 1874 hatte der Berliner Staatsanwalt Tesendorf einen Gerichtsbeschluss durchgesetzt, der in Preußen alle ADAV-Gemeinden verbot. Auch der SDAP wurde in Preußen eine politische Tätigkeit nahezu unmöglich gemacht. Der Staatsanwalt reagierte damit auf das stetige Anwachsen der Sozialdemokratie in Deutschland, deren politische und soziale Bestrebungen nach der Gründerkrise von 1873 von den Unternehmern immer mehr als Gefahr empfunden wurde. Das galt besonders für das Ruhrgebiet, das immer stärker zum Kernindustriegebiet Deutschlands wurde. Obgleich der ADAV sein Agitationszentrum nach wie vor im Märkischen Industriegebiet hatte, war bei den Reichstagswahlen im Wahlkreis Dortmund der Stimmenanteil des ADAV von 0,8% (1871) auf 6,5% (1874) angestiegen. Der Erfolg hing letztlich auch damit zusammen, daß der ADAV seine Haltung gegenüber den Gewerkschaften, vor allem gegenüber den Streiks nach 1873 geändert hatte. Nun unterstützte man sowohl die Gewerkschaften wie auch die Streikbewegungen der Arbeiter.

Auf die angebliche Gefahr, die hieraus für die Entwicklung der Industrie im Ruhrgebiet entstehen konnte, wies am 1. 2. 1874 der Dortmunder Oberbürgermeister Dr. Hermann Becker hin: „Diese Volksversammlungen (des ADAV A. H.) wurden am häufigsten abgehalten, wenn größere Streiks, öffentliche Wahlen und dergleichen auf die Massen eine größere Anziehungskraft ausübten.“ Er hoffte deshalb auf die Schließung des ADAV, nicht ohne jedoch hinzuzufügen: „Wenn die Schließung des Hauptvereins (ADAV) Erfolg haben soll, so muß gleichzeitig mit diesen Filialen (gemeint sind die ADAV-Gewerkschaften der Zimmerleute, Maurer, Steinhauer und Former. A. H.) aufgeräumt werden“ (vgl. Dokument 1.1). 1874 wurde dann zum ersten Mal „aufgeräumt“. Eine kontinuierliche sozialdemokratische Agitation, getragen von einer festen Organisation, war fürs Erste im westfälischen Industriegebiet nicht mehr möglich (vgl. Dokument 1.2).

Dennoch hatte das Vorgehen Tessedorfs auch sein Gutes für die Sozialdemokratie. Die Gründung der SDAP 1869 war als sozialistische Gegen gründung gegen den diktatorisch geführten ADAV initiiert worden. In der Folgezeit kam es zu ständigen Auseinandersetzungen zwischen diesen beiden sozialistischen Parteien, die beiden Parteien viele Energien kosteten und die die politische Zielsetzung der Sozialdemokratie in Deutschland nicht glaubwürdiger machte. Besonders Tölcke hatte sich in dieser Auseinandersetzung recht unrühmlich hervorgetan, während Hasenclever immer wieder versucht hatte, neutral zu bleiben. Dennoch war es gerade Tölcke, von dem im Juli 1874 die Initiative zur Einigung ausging. Im Oktober 1874 führte er für Hasenclever die ersten Annäherungsversuche mit Wilhelm Liebknecht und dem Hamburger Vorstand der SDAP. Von Westfalen aus wurde nun also die Einigung der Deutschen Sozialdemokratie initiiert, die dann auf dem Gothaer Kongreß im Mai 1875 verwirklicht wurde.

Sozialdemokratische Organisation und Subkultur im Ruhrgebiet (1875 bis 1878)

Der Westdeutsche Arbeitertag in Dortmund (11. April 1875)

Dem Einigungsparteitag in Gotha ging ein Westdeutscher Arbeitertag voraus, der am 11. April 1875 in Dortmund stattfand und auf dem die Einigung der Sozialisten im Ruhrgebiet vollzogen wurde. Dieser Westdeutsche Arbeitertag erhielt seine Bedeutung nicht nur dadurch, daß sich hier die Sozialisten aus dem Rheinland und Westfalen, d. h. also die Mitglieder des ehemaligen ADAV und der ehemaligen SDAP, zusammenschlossen, sondern er nahm in der Gesamtpartei insofern eine Sonderstellung ein, als hier in einer breiten Parteiöffentlichkeit der Gothaer Programmwurf einer öffentlichen Kritik unterzogen wurde. Doch der Versuch, die Programmdiskussion in die gesamte Parteiöffentlichkeit hineinzutragen, wie dies der Arbeitertag beschlossen

hatte, wurde von Wilhelm Hasselmann und Wilhelm Liebknecht, den verantwortlichen Redakteuren der beiden Parteizeitungen, verhindert. Beide publizierten den Bericht über den Westdeutschen Arbeitertag und den dort beschlossenen alternativen Programmwurf erst so spät, daß es für eine Diskussion zu spät war. Nicht anders war es ja auch Marx' Kritik am Gothaer Programmwurf gegangen, die ebenfalls von Liebknecht der Parteiöffentlichkeit vorenthalten worden war. Die für die Partei wichtige Programmdiskussion unterbleibt deshalb. Die Teilnehmer des Westdeutschen Arbeitertages wurden von Hasselmann sogar verdächtigt, sie wollten die Einigung der sozialistischen Parteien in einer Partei verhindern. Tölcke hielt diesen Verdächtigungen im „Volksstaat“, dem Hauptorgan der SDAP entgegen: „Ich halte mich aufgrund meiner Wahrnehmungen auf dem Arbeitertag sogar zu der Behauptung berechtigt, daß die Teilnehmer an demselben, wenn davon die Einigung abhinge, jedes Programm annehmen würden, wenn es nur nicht gegen die Parteiprinzipien verstößt, und wäre es auch nur ein Stück Papier mit einer geballten Faust darauf.“

Organisation und Bedeutung des Pressewesens in der Partei nach 1875 im Ruhrgebiet

Das Gothaer Parteiprogramm (1875) der neu entstandenen Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) orientierte sich in seiner ökonomischen Analyse eher an den Vorstellungen des Handwerks als an den Bedürfnissen des entstehenden Fabrikproletariats. Dennoch, in Dortmund, dem Zentrum des neu entstehenden Industriegebiets, zeigt sich der nun einsetzende Umschichtungsprozeß in der Partei recht deutlich. Nicht mehr Handwerker bilden das Gros der SAPD-Mitgliedschaft, so wie einst im Lassalleschen ADAV, vielmehr besteht die Mehrheit der Mitglieder nun aus Bergleuten und ungelerten Arbeitern. Setzte sich 1875 der Sozialdemokratische Wahlverein in Dortmund aus 27 gelernten und 19 ungelerten Arbeitern zusammen, so kamen 1876 53 gelernte, aber 127 ungelerte und Bergleute, 1877/78 28 gelernte und 42 ungelerte hinzu. Dennoch rekrutierte sich auch jetzt das Gros der Agitatoren aus Vertretern der Handwerkerberufe. Doch war unverkennbar, daß nun endlich auch die Bergleute zur Sozialdemokratie stießen, was nicht zuletzt das Verdienst Ludwig Schröders war.

Der Aufbau einer überregionalen Parteiorganisation im Ruhrgebiet vollzog sich recht langsam. In der Gesamtpartei trat dieses wichtige Industriegebiet nur am Rande in Erscheinung. Auf dem Einigungskongreß in Gotha 1875 kamen von den insgesamt 127 Delegierten nur zwei aus dem Ruhrgebiet (= 1,5%), von den 25 659 stimmberechtigten Mitgliedern stellte das Ruhrgebiet nur 525 Stimmen (= 2%). Vertreten waren die Ruhrstädte Duisburg (mit Bockum, Meiderich und Ruhrort), Essen, Dortmund und Gelsenkirchen. Das Bild änderte sich auch in den nächsten Jahren kaum. Auf dem Gothaer Kongreß 1876 waren Dortmund, Essen-Altendorf, Mülheim/Ruhr, Watten-scheid und Eickel vertreten, das waren nur fünf der insgesamt 291 vertretenen Orte (= 1,7%). Von den 98 Delegierten kamen wiederum nur zwei

(= 2%) aus dem Ruhrgebiet. Auf dem letzten Kongreß vor Erlass des Sozialistengesetzes, dem Gothaer Kongreß vom Mai 1877, kam lediglich nur noch einer der insgesamt 95 Delegierten (= 1%) aus dem Ruhrgebiet. Vertreten waren nur noch Duisburg, Essen und Dortmund. Sie machten ganze 1,2% der insgesamt 251 Orte aus.

Die Schwierigkeiten beim Aufbau einer Parteiorganisation im Ruhrgebiet begründete der Parteisekretär Auer auf dem Gothaer Kongreß von 1877 recht vage mit „inneren Verhältnissen jener Gegenden, deren Gestaltung und Eigenart übrigens nicht Folge von Vorgängen aus den letzten Jahren ist“, was einmal offensichtlich auf die Schwierigkeiten beim Umstellungsprozeß nach 1875 anspielt, zum anderen aber weitgehend die vernachlässigte Agitation in den früheren Jahren meint. Die Ursachen hierfür sah im Juli 1876 der Dortmunder Korrespondent des „Volksstaat“ in der Rolle der Ultramontanpartei (das ist das Zentrum), „deren Organisation und Presse erfolgreich agitieren und ein einmal besetztes Terrain nicht so leicht wieder aufgeben“. Das Zentrum, dem es im Kulturkampf gelungen war, seine Anhänger zu mobilisieren und zu politisieren, schlug hier im Ruhrgebiet die Sozialdemokratie mit den eigenen Waffen, nämlich mit einer straffen Organisation und einer weitverzweigten Presse. Die SAPD konnte nur denselben Weg gehen, das hieß, sie mußte eine überregionale Organisation aufbauen und eine aktive Agitation in Angriff nehmen. Diese war freilich nur im Rahmen sozialdemokratischer Wahlvereine möglich, da der Staatsanwalt Tessendorf am 30. 3. 1876 die SPD im Geltungsbereich des preußischen Vereinsgesetzes vorläufig „geschlossen“ hatte. Das SAPD-Organisationsstatut von 1875 sah Organisationsformen nur auf nationaler und lokaler Ebene vor, nicht aber auf überregionaler. Doch war eine solche nicht zu umgehen, da die neue Organisationsform den alten Lassalleschen Zentralismus überwunden hatte, eine effektive Parteilarbeit im Hinblick auf die Wahlen und die Presse nur auf regionaler Basis zu leisten war. So sind in den informellen Zusammenkünften der Beauftragten eines oder mehrerer Wahlkreise, in dem Agitationsbezirk eines von der Partei fest angestellten Agitators und dem überlokalen Abonnentenstamm der einzelnen SAPD-Zeitungen, die Anfänge der späteren Kreis- bzw. Bezirksorganisationen zu sehen: Im Februar 1876 trafen sich Agenten und Mitglieder der Sozialdemokratischen Wahlvereine von Gelsenkirchen, Essen, Steele, Bochum und Krays zu einer Besprechung in Gelsenkirchen. Im April desselben Jahres erging eine ähnliche Einladung an die Gesinnungsgenossen und Leser des „Neuen Sozialdemokrat“, des „Volksstaat“ und der „Westfälischen Freien Presse“ nach Bochum zur Vorbesprechung für die Reichstagswahl.

Selbst Tölcke, der in der Partei als „Organisationsfanatiker“ galt, mußte einsehen, daß eine Parteilarbeit nur bei einer völligen Aufgabe der festen Organisation zugunsten einer informellen und je nach Möglichkeit sich ergebenden Organisationsform möglich war. „Die Organisation der Partei in irgendeiner Form“, so umschrieb er den neuen Zustand, und er dachte zunächst an eine Organisationsform, wie sie die Fortschrittspartei, die Katholikenvereine oder die Deutsche Konservative Partei hatten. Doch waren auch

diese Organisationsformen nicht sicher vor den Eingriffen des Staatsanwalts. Entsprechend lauteten die Anträge Nr. 109 und 110 der Iserlohner und Dortmunder Parteigenossen an den Gothaer Kongreß von 1877, die „mit Rücksicht auf die von preußischen Behörden mit unerhörter Dreistigkeit förmlich proklamierte völlige Rechtslosigkeit politischer Vereine in Preußen“, das Aufgeben jeglicher Organisation forderten und die Aktivität der Partei darauf zu beschränken suchten, „durch Wort und Schrift den Grundsätzen des Sozialismus in der Folge immer mehr Eingang zu verschaffen und die Aufklärung der Menschheit in allen öffentlichen Dingen wirksam zu fördern“. Dazu sollte vor allem eine gut organisierte Parteipresse dienen. Tölcke stellte 1877/78 die Organisation der SAPD im Ruhrgebiet und im Rheinland darauf ab.

Auf dem Gothaer Kongreß von 1877 war Tölcke als Berichterstatter in die Organisationskommission berufen worden. Die Kommission hatte sich Tölckes Argumentation angeschlossen, der das Aufgeben der Organisation damit begründete, daß nicht die Sozialdemokratie außerhalb des Gesetzes stehe, sondern der Staatsanwalt Tessendorf. Ihm wolle man nicht den Gefallen tun, „durch Herstellung einer neuen Organisation Gelegenheit zu geben, die Sozialisten in Preußen mit erneuten Strafanträgen zu verfolgen“. Seine Schlußfolgerung konnte als Maxime für die Arbeit der Partei unter dem Sozialistengesetz gelten: „Übrigens sei eine formelle Organisation nicht mehr nötig, wie das günstige Resultat der Reichstagswahlen und die trotz Mangel einer Organisation fortwährend steigende sozialistische Propaganda genügend beweisen“. Freilich schien keiner in der Kommission daran zu glauben, daß durch die Zerschlagung der sozialdemokratischen Presse die sozialistische Propaganda weitgehend eingeschränkt werden konnte. Auch ließ diese neue Einschätzung der sozialdemokratischen Organisation außer acht, daß die Organisationen der Arbeiter nicht nur dazu da waren, die sozialistischen Ideen in Deutschland zu verbreiten, sondern daß sie auch die Aufgabe hatten, der Ausbeutung durch das Kapital Widerstand zu leisten.

Der Gothaer Kongreß von 1877 nahm einstimmig die Anträge der Iserlohner und Dortmunder Parteigenossen an. Der Beschluß setzte die Partei in die Lage, bei Erlass des Sozialistengesetzes nicht gänzlich kopflos zu reagieren.

Als bestes Mittel einer überregionalen Integration erwies sich die Gründung einer eigenen Parteizeitung in Dortmund, der „Westfälischen Freien Presse“ (WFP). Sie erschien seit dem 30. Juni 1875 zweimal in der Woche in Dortmund und sollte nach Angaben ihres Werbeprospekts „die Interessen der Sozialdemokratie in Rheinland/Westfalen vertreten“. 1876 wurde eine Westfälische Genossenschaftsbuchdruckerei gegründet, um die Zeitung finanziell zu sichern, was vermutlich nicht nur allein durch die 200 Mitglieder des Dortmunder Wahlvereins geleistet werden konnte. Doch erfuhr diese Form der regionalen Parteiorganisation und -kommunikation im Ruhrgebiet bald eine Einschränkung, als im Juli 1876 die Duisburger Sozialdemokraten unter dem Redakteur Karl Julius Kuhl und ab Juni 1877 unter der Redaktion von Strumpfen eine eigene Zeitung, die „Duisburger Freie Zeitung“, zu der bald als Kopfblatt die „Essener Freie Zeitung“ hinzukam, gründeten. Damit war

der Aufbau einer einheitlichen Agitation im Ruhrgebiet gefährdet. Für den Gothaer Kongreß von 1877 stellten deshalb die Parteigenossen von Dortmund und Iserlohn den Antrag, in Deutschland außer den Zentralorganen nur zwölf Provinzialzeitungen der Partei zuzulassen. Der Kongreß sollte die Redakteure ernennen, ihre Gehälter bestimmen sowie Kreise und Orte der Herausgabe regeln. In anderen Orten der betreffenden Kreise konnten laut Antrag mit Zustimmung des Kongreßausschusses Filialzeitungen herausgegeben werden, welche durch den Redakteur der betreffenden Provinzialzeitung kontrolliert werden sollten. Außerdem forderte der Antrag die Einrichtung eines Presseausschusses in Hamburg, der das gesamte Zeitungswesen und den Broschüren-Vertrieb leiten und kontrollieren sollte. Alle Zeitungen, die diesen Forderungen nicht entsprachen, sollten von der Partei als „Privatunternehmen“ betrachtet werden.

Doch wie die Diskussion auf dem Gothaer Kongreß von 1877 bewies, hatte der Vorstand die Kontrolle der Parteipresse aus den Händen verloren. Um möglichst viele Lokalblätter zu schaffen, hatte man offensichtlich vom Verbot neuer Zeitungsgründungen überhaupt keinen Gebrauch gemacht, ja allzu leichtsinnige Gründungen, die sich finanziell nicht rentierten, wie die Duisburger und die Essener Freie Presse, durch finanzielle Unterstützung am Leben gehalten. Der Parteivorstand verzichtete darauf, hier das Heft wieder in die Hand zu nehmen, und das Parteivorstandsmitglied Geib begründete die Haltung des Vorstandes damit, daß der Kongreß nur einen Entschluß fassen würde, der in der Praxis nicht durchgeführt werden könnte. Was bei der Diskussion herauskam, war der Antrag Geibs, angesichts unüberwindlicher Hindernisse in dieser Angelegenheit zur Tagesordnung überzugehen. Der Kongreß sollte die Genossen ersuchen, „die Gründung von Lokalblättern nur dann anzunehmen, wenn die Existenzmöglichkeit erwiesen und die Zustimmung des Zentralwahlkomitees erfolgt ist“. Als Delegierter für Dortmund und Iserlohn versuchte Tölcke diesem unbestimmten Ersuchen noch etwas Verbindlicheres zu geben, indem er zu dem Antrag Geibs einen Zusatzantrag stellte: „Neue Lokalblätter bedürfen der Zustimmung des Zentralkomitees, widrigenfalls sie nicht als Parteiblätter, sondern als Privatunternehmungen betrachtet werden“. Der Kongreß gab dem mit großer Majorität die Zustimmung, was den Dortmundern die Möglichkeit einräumte, das Pressewesen und damit verbunden, die Agitation im Ruhrgebiet neu zu organisieren. Auf ihre Initiative hin trat am 2. September 1877 in Duisburg eine Konferenz der rheinisch-westfälischen Sozialdemokraten zusammen, an der 67 Delegierte aus 30 Orten teilnahmen. Tölcke unterbreitete der Konferenz einen Plan, der das rheinisch-westfälische Industriegebiet und dessen Randzonen in fünf Pressebezirke aufteilte, die sich an den bestehenden Wahlkreisen orientierten. Damit sollte jede Konkurrenz ausgeschlossen und die Agitation auf die Wahlen hin organisiert werden.

Für den westfälischen Teil des Ruhrgebiets wurden als Verbreitungsgebiet der „Westfälischen Freien Presse“ die Wahlkreise Dortmund, Bochum, Altena/Iserlohn und die übrigen westfälischen Wahlkreise zusammengefaßt. Letzteres bezog sich auf die Wahlkreise des Münster- und Sauerlandes, wo die

Sozialdemokratie noch kaum vertreten war. Was Tölcke für die gesamte Partei nicht durchgesetzt hatte, das versuchte er nun auf regionaler Ebene, nämlich die Bildung von Zeitungskommissionen, die, wenn auch nicht die Redakteure, so doch wenigstens die Kolporteurs (Berichterstatter), kontrollieren sollten. Außerdem setzte er einen Beschluß durch, der „die Wahrung des sozialistischen Prinzips durch die absolut notwendige radikale Beseitigung des spekulativen Lokal-Sozialismus“ forderte. Blätter, die sich innerhalb von Jahresfrist als nicht existenzfähig erwiesen, durften von Sozialdemokraten nicht weiter abonniert werden. Ausnahmen aus agitatorischen Rücksichten konnten durch das Zentralwahlkomitee gestattet werden. Die Konferenz hatte damit die Grundlagen für eine regionale Parteiorganisation im Ruhrgebiet geschaffen, gleichzeitig aber auch allen kritischen Stimmen in der Partei die Möglichkeit der Artikulation genommen. Wieweit die Organisation vor dem Erlaß des Sozialistengesetzes im gesamten Ruhrgebiet noch zum Tragen kam, bleibt offen, zumindest im Wahlkreis Dortmund entfaltete die Partei eine rege Agitationstätigkeit. Der Schwerpunkt der Parteiarbeit verlagerte sich nach 1876 von dem ehemaligen westfälischen Kerngebiet des ADAV, dem Märkischen Industriegebiet, in das Ruhrgebiet.

Von den sechs „ständigen Agitatoren“, die die Partei angestellt hatte, wurde der ehemalige Breslauer Maschinenbauer Julius Scheil 1875 als ständiger Agitator nach Dortmund geschickt. Wie der Parteisekretär Auer in seinem Rechenschaftsbericht auf dem Gothaer Kongreß von 1876 feststellte, sah der Vorstand in Dortmund den „Zentralpunkt für Westfalen“. Ein Vergleich der Wahlergebnisse von 1874 mit denen von 1877 macht deutlich, daß die Parteileitung mit dieser Entscheidung richtig gehandelt hatte. Während im Wahlkreis Iserlohn/Altena der Stimmenanteil der SPD von 13,7% (1874), auf 9,1% (1877), und im Wahlkreis Hagen von 12,7% (1874), auf 10,8% (1877), zurückging, stieg der Anteil im Wahlkreis Dortmund von 5,6% (1874) auf 15,6% (1877) und im Wahlkreis Bochum von 1,2% (1874) auf 5,1% (1877). Auch in der Gesamtpartei akzeptierte man, „daß dort wesentliche Fortschritte gemacht wurden“, daß es richtig war, den Schwerpunkt ins westfälische Ruhrgebiet zu verlegen.

Die sozialdemokratischen Vereine

Die sozialdemokratische Presse in Dortmund war der eine Kristallisationspunkt der Partei im Ruhrgebiet, der andere war das Vereinswesen. Von der bürgerlichen Gesellschaft war der Arbeiter nicht integriert worden. Soweit er sich politisch in der Sozialdemokratie organisierte, galt er als „vaterlandsloser Geselle“. Schon der ADAV hatte dem Rechnung getragen und die Partei als „große Familie“ begriffen, das heißt, neben der politischen Tätigkeit dem gesellschaftlichen Leben einen breiten Raum gegeben. So war schon früh im Rahmen der Partei eine Arbeiterkultur entstanden, die sich in Musik-, Theater- und Sportvereinen, aber auch in wissenschaftlichen Vortragsgesellschaften dokumentierte.

Nach 1875 hatten sich in Dortmund vier Vereine herausgebildet, die diesem Sektor zuzurechnen sind: die beiden Musikvereine „Vorwärts“ und „Liederfreund“, der „Theaterverein Germania“ und der „Verein für gesellige Freundschaft“.

Der Theaterverein Germania, der bei seiner Auflösung durch die Polizei am 23. 11. 1878 25 Mitglieder zählte, war ursprünglich von parteiunabhängigen Handwerkern gegründet – daher auch der patriotische Name – aber im Lauf der Zeit von Sozialdemokraten unterwandert worden. Wie das ehemalige Mitglied und der Mitbegründer des Vereins, der Schneidermeister Heidemann, der Polizei zu Protokoll gab, sei er „mit acht anderen Mitgliedern im Juli 1878 wegen des Überhandnehmens der sozialdemokratischen Elemente“ ausgetreten. In den Stücken, die der Verein aufführte, – die Textbücher waren mit der Hand geschrieben und stammten wohl von den Mitgliedern des Vereins – wurde mit dramatischen Effekten der Klassengegensatz herausgestellt oder man machte sich in einer Persiflage über einen Rentier lustig, der schließlich sein Ziel, Stadtverordneter zu werden, erreicht. Die Polizei entdeckte in diesem Stück, das den Titel „Vereins-Müller“ trug, eine „Verhöhnung städtischer Institute“.

Die beiden Gesangsvereine traten primär auf den Arbeiterfesten auf, die von dem „Verein für gesellige Freundschaft“ organisiert wurden. Der Pressebericht über das Arbeiterfest am 10. Juni 1878 in Dortmund (vgl. Dokument 2.1.1) zeigt in etwa, wie es auf diesen Festen zuging und welche Funktion sie erfüllten. Die Art der Feste mit einem ernstesten Programmteil (Liedervortrag und Gedichtsrezitationen) und einem heiteren Teil (Ball) war so alt wie die Arbeiterbewegung selbst. Sie stammte aus der Tradition der Arbeitervereine von 1848 und wurde nach 1863 auch vom ADAV eifrig gepflegt. Sie vermittelte dem Arbeiter ein Wir-Bewußtsein und kam seinen kulturellen Bedürfnissen entgegen. Zum Programm gehörte auch der Vortrag politischer Lieder. So sang man auf dem Dortmunder Arbeiterfest zum Beispiel das Herweghsche Lied: Der Freiheit eine Gasse. Daß die Polizei 1878 diese Vereinskultur zerschlug, war nur logisch. Sie wurde dabei weniger von der Überlegung bestimmt, es könnte hier im geheimen sozialdemokratische Propaganda betrieben werden – auch wenn dieses Argument in den Verbotsmitteilungen immer wieder genannt wird – es ging vielmehr darum, mit der Subkultur das Zusammengehörigkeitsgefühl der Arbeiter und ihrer Familien zu vernichten. So blieb in der Verfolgungszeit nichts anderes übrig, als dieses „Wir“-Gefühl demonstrativ auf Beerdigungen von Mitgliedern zu zeigen.



Wilhelm Hasenclever (1837 - 1889)

Bürgerliche und staatliche Repressionen

Die mit dem „Gründerkrach“ von 1873 eintretende Wirtschaftskrise, die mehrere Jahre andauerte, verschlechterte weiterhin die Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Bevölkerung. In dieser Zeit erstarkte die Arbeiterbewegung durch die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien im Jahre 1875 und drohte zu einem ernstzunehmenden Gegner der Unternehmer und der Regierung Bismarck heranzuwachsen. Um dieser Gefahr entgegenzuwirken, intensivierten Unternehmer und staatliche Stellen die Repressalien gegen die Arbeiter und ihre Organisationen. Auf dem Höhepunkt der Krise 1878 boten zwei Attentate auf Kaiser Wilhelm I. am 11. Mai und 2. Juni den Anlaß, diese Repressionen zu verstärken bzw. zu legalisieren. Für beide Anschläge wurden die Sozialdemokraten verantwortlich gemacht, die jedoch nachweislich mit den Attentätern Hödel und Nobiling nichts zu tun hatten. Diese Vorfälle boten allerdings den erwünschten Vorwand, eine beispiellose Hetze gegen die Arbeiterbewegung einzuleiten.

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie

Auf dem Höhepunkt der ökonomischen Krise nahmen die Repressalien ständig zu. Vor allem die Schwerindustrie versuchte, durch einen repressiven Kurs Sozialdemokratie und Gewerkschaften zu vernichten. Das mußte in erster Linie die Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet treffen, die ständigen Schikanen ausgesetzt war. Die allgemeine Hysterie, die sich nach den Attentaten auf Kaiser Wilhelm gegen die Sozialdemokratie richtete, nutzten vor allem die führenden Unternehmer aus dem Rheinland und aus Westfalen, die sich am 24. Juni 1878 auf einer Versammlung in Düsseldorf fast einstimmig auf eine Resolution einigten, die an Schärfe nichts zu wünschen übrig ließ und deutlich dokumentierte, daß man bei dieser Gelegenheit, noch ehe Regierung und Parlament die scharfen Bestimmungen des Sozialistengesetzes durchgebracht hatten, gewillt war, jede politische und soziale Selbstbehauptung der Arbeiter vollständig zu unterdrücken (vgl. Dokument 1.6). Dabei ging man so weit, eine Einschränkung des Wahl- und Vereinsrechts zu fordern, was im Protokoll jedoch nicht vermerkt, von dem anwesenden Fabrikinspektor Osthues aber in seinem Bericht an den Oberpräsidenten ausdrücklich bestätigt wurde (vgl. Dokument 1.7).

Die Motivation dieser Resolution, die der ehemalige „48er Revolutionär“ Gustav Natorp in seiner Rede, hinter die sich alle Besucher dieser Versammlung stellten, erläuterte, macht deutlich, daß „das freisinnige Bürgertum“ in dessen Namen Natorp zu sprechen glaubte, vom Staat und dem Gesetzgeber noch schärfere Gesetze forderte, um „im Interesse einer gesunden und politischen und wirtschaftlichen Entwicklung unseres staatlichen Lebens“ den Sozialismus mit Stumpf und Stiel auszurotten. Dabei stellte er die Mitglieder der Sozialdemokratie außerhalb der Gesellschaft, indem er zwischen „Nation“ und „Sozialdemokratie“ unterschied. Zwar erkannte Natorp das Recht der Arbeiter an, „ihre Lage zu verbessern, da dieses Streben einem

jeden Menschen eingeboren und die Quelle des menschlichen Fortschrittes ist“, aber es sollte sich nur um „Verbesserungen“ und „Reformen“ handeln, die „auf den Boden der tatsächlichen Verhältnisse gerichtet sind“ und die von den Industriellen ausgehen sollten (vgl. Dokument 1.5). Der Redner vergaß deshalb nicht, die Verdienste der Unternehmer für das „materielle und das geistige Wohl ihrer Untergebenen“ zu preisen. Aber selbst der Fabrikinspektor Osthues, ein staatlicher Beamter, schenkte diesen Versicherungen keinen Glauben und hob in seinem Bericht hervor, daß die Unternehmer gut daran getan hätten, den Änderungsvorschlag der Bielefelder Industrie- und Handelskammer anzunehmen, der in Punkt 2 sich unter anderem dafür einsetzte, „mit Achtung und Schonung alle berechtigten Interessen zu behandeln und die Wohlfahrt derselben (gemeint sind die Arbeiter) zu fördern“. Für Natorp aber war „der Weg vom Reformier zum Sozialisten, vom Sozialisten zum Anarchisten kein weiter mehr“. Punkt 3 der Resolution, war absichtlich recht vage formuliert, eine generelle Entlassung der SAPD-Anhänger aus ihrem Arbeitsverhältnis nicht vorgesehen, da es sich bei diesen größtenteils um qualifizierte Arbeiter handelte, wie Fabrikinspektor Osthues feststellte.

In fast allen Fabriken wurden Plakate: An unsere Arbeiter! angebracht, auf denen zur Denunziation aufgefordert wurde: „Es ist hohe Zeit, daß wir gemeinsam, sowohl die Beamten, als alle braven und strebsamen Arbeiter, gegen diesen bösen Feind vorgehen. Wir werden Euch darin ebenso entschieden unterstützen, wie wir von Euch erwarten, daß Ihr niemand unter Euch duldet, vielmehr **offen** jeden zur Anzeige bei uns bringt, welcher jenen falschen Propheten und ihren Umsturzideen zuneigt. Wir erklären hiermit, daß wir fortan jedem sofort kündigen werden, der sich an sozialdemokratischen Agitationen oder Bestrebungen beteiligt, sei es durch Besuch ihrer Versammlungen oder von Lokalen, wo solche Blätter ausliegen, oder durch Halten und Verbreiten solcher Blätter, Geldunterstützung und andere Handlungen ähnlicher Art.“

Hand in Hand mit den Unternehmern arbeitete der Hammer Oberstaatsanwalt Irgahn, der sogleich am Tage seines Amtsantrittes, am 1. Juni 1878, also noch vor dem 2. Attentat, sämtliche Staatsanwälte seines Departements angewiesen hatte, „schleunigst die bestehenden Vereine und sonstigen Erscheinungen, sowie die Agitatoren und Führer zu ermitteln und mir anzuzeigen, zu berichten, ob Arbeitgeber infolge des Attentats sich zu Entlassung sozialdemokratischer Arbeiter aufgerafft haben, mit ganzer Aufmerksamkeit und Energie die Handhabung der Gesetze gegen jene Umtriebe in Anwendung zu bringen und von jeder Anklage auf diesem Gebiet mir Anzeige zu erstatten“ (vgl. Dokument 1.4).

Innerhalb von 14 Tagen wurden in Westfalen an die 90 Personen wegen Majestätsbeleidigung angeklagt und verurteilt. Die Äußerung der meisten dieser Angeklagten waren nichtssagend. Trotzdem wertete der Staatsanwalt die vielen Anzeigen als ein Beweis dafür, „welches ungeheure Verderbnis

An unsere Arbeiter.

Die entsetzlichen Verbrechen gegen das Leben unseres allverehrten Kaisers, den Gottes gnädige Vaterhand so wunderbar beschützt hat, haben bewiesen, wohin die Lehren der Sozialdemokraten, denen beide Mordmörder angehörten, führen.

Jeder ordentliche Mensch wird sich mit Abscheu von einer Partei abwenden, deren Lehren solche Grenel zur Folge haben, welche Religion, Ehe, Sittlichkeit verspottet und untergräbt, Staat und Gesetz zu vernichten strebt. Wo ihre Verführungskünste und Redensarten nicht versagen, da suchen sie durch Schrecken und Drohungen einzuschüchtern. Es ist hohe Zeit, daß wir gemeinsam, sowohl die Beamten, als alle braven und strebsamen Arbeiter, gegen diesen bösen Feind vorgehen. Wir werden Euch darin ebenso entschieden unterstützen, wie wir von Euch erwarten, daß Ihr niemand unter Euch duldet, vielmehr **offen** jeden zur Anzeige bei uns bringt, welcher jenen falschen Propheten und ihren Umsturzideen zuneigt.

Wir erklären hiermit, daß wir fortan Jedem sofort kündigen werden, der sich an sozialdemokratischen Agitationen oder Bestrebungen beteiligt, sei es durch Besuch ihrer Versammlungen, oder von Lokalen, wo solche Blätter ausliegen, oder durch Halten und Verbreiten solcher Blätter, Geldunterstützung, oder andere Handlungen ähnlicher Art.

Gleiß, Ordnung, Nüchternheit und Sparsamkeit sind die einzigen Mittel, um zu einer gefestigten Existenz zu gelangen und seine Lage zu verbessern. Religion und Ehe, Achtung vor dem Eigentum, vor dem Staate, dessen Oberhaupt, Gesetzen und Einrichtungen sind die Grundlagen des bürgerlichen und sittlichen Lebens. Diese Grundlagen muß Jedermann heilig halten. Wer daran rüttelt, der ist Euer Feind, wie der unsre; wir müssen ihn verachten und aus unserer Gemeinschaft entfernen.

Ein Volk aber, in welchem nicht der Geist straffer Zucht, vereint mit Wohlwollen und Gerechtigkeit auf der einen Seite, Ordnung, guter Sitte und treuer Pflichterfüllung auf der andern waltet, muß auf die Dauer zu Grunde gehen. Wir fordern Euch daher auf, mit uns in gemeinschaftlicher Arbeit und gegenseitigem Vertrauen auch in Zukunft befestigt zu sein, diesen Geist dauernd zu erhalten und zu befestigen.

Letmathe, den 20. Juli 1878.

Die Direktion des Märkisch-Westfälischen Bergwerks-Vereins:

Dr. G. Pauly. Ad. Grawert.

Stellungnahme der Direktion des Märkisch-Westfälischen Bergwerks-Vereins zur Sozialdemokratie aus dem Jahre 1878

die sozialdemokratischen Tendenzen im Volke bereits angerichtet haben und in wie hohem Maße der Patriotismus und der Sinn für Autorität und Ordnung bereits zerstört ist" (vgl. Dokumente 1.3/1.8/1.9).

Sozialdemokratische Abwehr

Die Parteipresse im Ruhrgebiet antwortete auf die Angriffe mit einer entschieden klassenkämpferischen Position, die deutlich machte, welche gemeinsamen Interessen Bismarck und die Schwerindustrie an der Zerschlagung der Arbeiterbewegung hatten. Unter der Überschrift „Staatshilfe für – die Kapitalisten“, ein Artikel, der noch vor den Attentaten publiziert wurde, wies die „Westfälische Freie Presse“ in Dortmund auf die Möglichkeit militärischer Aktionen gegen die Arbeiter zugunsten des Kapitals hin, richtete sich gegen den „Mucker-Blödsinn“ der Stöcker-Bewegung, geißelte das Zusammengehen des Liberalismus mit ihrem „Abgott Bismarck“, analysierte die Hintergründe der Schutzzollpolitik und kam dabei zu dem Ergebnis: „Alle politischen Reaktionen und Schutzzölle sollen den unaufhaltsamen Zusammenbruch der jetzigen „Gesellschafts-Ordnung“ abwenden oder doch verzögern. Unserer festen Überzeugung nach können alle bisher beliebten politischen und wirtschaftlichen Experimente den allgemeinen Krach nicht verhindern. Das einzige Rettungsmittel ist nur in den Prinzipien der Sozialdemokratie zu finden.“ Wie Bebel, so rechnete auch die „Westfälische Freie Presse“ mit dem baldigen „Kiadderadatsch“, das heißt, dem Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Hoffte Tölcke im Wahlkampf 1876/77 noch darauf, daß der Liberalismus dem autoritären Kurs Bismarcks wenigstens in den entscheidenden demokratischen Grundrechten Widerstand leisten würde, so stand für ihn 1878 fest: „Die einige reaktionäre Masse sammelt sich“, „der Liberalismus ist tot“. Doch wäre es verkehrt, hinter dieser Position eine politische Abkapselung der Sozialdemokratie zu vermuten. Sie war im Ruhrgebiet durchaus bemüht, neue Wählerschichten, vor allem aus dem Liberalen aber auch konservativen Lager, zu gewinnen. So sprach sie die Bauern und Intellektuellen an und warb unter dem von der „Arbeiterklasse abhängigen Bürgertum für die Ziele der Sozialdemokratie“.

Besonnen reagierte die „Westfälische Freie Presse“ auf die Hysterie nach dem Hödel-Attentat, indem sie das Bürgertum warnte: „Die Reaktion benutzt in solcher Weise die künstlich geschaffene Abneigung gegen die Sozialdemokratie zur Durchführung ihrer freiheitsfeindlichen Pläne, welche auf Beseitigung der wenigen Volksrechte hinauslaufen, deren die deutsche Nation sich noch zu erfreuen hat, während ein großer Teil der Arbeitgeber die günstige Gelegenheit nicht ungenutzt lassen will, dem langjährigen Greuel gegen die verhaßte Sozialdemokratie Luft zu machen und nebenbei die Arbeiter in ein unerhörtes Abhängigkeitsverhältnis zu bringen“.

Unternehmer in Hörde bei den Wahlen fort: „Wir haben Arbeiter gesehen, welche unter strengster Kontrolle mit Tränen in den Augen und mit Zähneknirschen die ihnen aufgedrungenen Stimmzettel für den liberalen Kandidaten zur Wahlurne tragen mußten“. Bei den Reichstagswahlen zu dieser Zeit konnten nämlich nur die Parteien gewählt werden, die Stimmzettel an die Wähler austeilten. Dies nutzten vielfach die Unternehmer, indem sie den Arbeitern die Stimmzettel für den ihnen genehmen Kandidaten aufdrängten und darauf achteten, daß diese keine Stimmzettel einer anderen Partei, vor allem der sozialdemokratischen annahmen und in die Wahlurnen warfen.

Ob die 2 000 Wähler, die dennoch die SAPD gewählt hatten, wirklich „treu wie Gold“ waren, wie die „Westfälische Freie Presse“ meinte, mußte sich erst unter dem Sozialistengesetz beweisen, als die Reste der sozialdemokratischen Organisation und die sozialdemokratische Presse total zerschlagen wurden und die Agitatoren zum größten Teil ins Gefängnis wanderten. Offensichtlich hatte Tölcke die Situation doch zu optimistisch eingeschätzt als er Anfang August 1878 schrieb: „Das einzige, was die vereinigte Reaktion uns gegenüber noch tun kann, ist die formelle und vollständige Unterdrückung der sozialdemokratischen Presse; alles andere ist bereits geschehen“.

1878 bis 1890: Legale und illegale Selbstbehauptung

Die Repressionen gegen die Sozialdemokratie kulminierten in dem „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“, das der Reichstag am 19. Oktober 1878 verabschiedete (vgl. Dokument 1.10). Das Gesetz drängte die Sozialdemokratie in der Folgezeit praktisch in die Illegalität. Es verbot sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Vereinigungen, welche „den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken“ und stellte alle anderen Vereine sowie öffentliche Festlichkeiten, Aufzüge unter eine außerordentliche staatliche Kontrolle. Das Verbot betraf auch die Presse der Arbeiterbewegung. Druckschriften und die zur Vervielfältigung dienenden Platten und Formen konnten von der Polizeibehörde beschlagnahmt werden.

Damit war jedes offizielle Erscheinen von Zeitungen oder Flugblättern der Sozialdemokratie unterbunden, jedes öffentliche Auftreten ihrer Mitglieder verboten. Erlaubt war lediglich die Teilnahme am Wahlkampf und die parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Kandidaten. Diese traten damals jedoch nicht als Kandidaten der Partei auf, sondern als Kandidaten sogenannter „Vereine für volkstümliche Wahlen“, die sich allerdings nur kurz vor den Wahlen bilden durften und nach den Wahlen wieder auflösen mußten. Unter dem Druck des Verbots konzentrierte sich die Partei verstärkt auf die parlamentarische Tätigkeit, was zu einer stärkeren Anpassung der Sozialdemokratie an bürgerliche Positionen führte. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion übernahm in der Folgezeit die Führung der verbotenen Partei. Sie setzte es durch, daß sich die Partei auf dem Parteitag in Wyden in der Schweiz 1880 eindeutig gegen antiparlamentarische Bestrebungen abgrenzte, indem sie sich von anarchistischen Bewegungen in ihren Reihen distanzierte. Beschlossen wurde allerdings, den Kampf der Partei „mit allen Mitteln“, d. h. nicht nur den gesetzlich erlaubten, zu führen.

Die Verfolgungen

Nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes am 21. Oktober 1878 versuchte Tölcke wenigstens ein Presseorgan für die Sozialdemokratie zu retten, nachdem die „Westfälische Freie Presse“ am 24. 10. 1878 ihr Erscheinen eingestellt hatte, um das Vermögen der Genossenschaftsdruckerei zu retten (vgl. Dokument 1.11.3). Vom 26. 10. 1878 bis zum 12. 11. 1878 gab er ein „rosarotes“, d. h. parteiloses Nachfolgeblatt heraus, das er in Erinnerung an seine Zeitung aus der 48er Revolution „Volksbote für Rheinland und Westfalen“ nannte. Doch fehlten Geld und Abonnenten. „Das Blatt mußte nach Ausgabe von nur fünf ihrem Inhalte nach unschädlichen Nummern wieder eingehen . . . , nachdem die Westfälische Genossenschaftsdruckerei finanziell zusammengebrochen war“, heißt es am 31. 12. 1878 in dem „Bericht über die gemeingefährlichen Umtriebe der Sozialdemokratie“ in dem Regierungsbezirk Arnsberg. Der Versuch, doch noch ein unverdächtiges Integrationsmedium für die Sozialdemokratie im Ruhrgebiet zu schaffen, war gescheitert, die Organisation durch die Auflösung aller sozialdemokratischen Vereine

total zerstört. Doch ging es Staatsanwalt und Regierung im Ruhrgebiet nicht nur um die Zerschlagung der Presse und des sozialdemokratischen Vereinslebens, sondern vor allem um die Vernichtung des Agitationskaders (vgl. Dokument 1.11.2). Schon im Mai 1878 hatte Staatsanwalt Irgahen eine Liste aller bekannten Agitatoren im Ruhrgebiet aufstellen lassen. Im 1. Nachweis der sozialdemokratischen Agitatoren nach Erlaß des Sozialistengesetzes für das Ruhrgebiet wird Tölcke gekennzeichnet als „Vater der westfälischen Sozialdemokraten“, als „bösaartiges, wie fähiges und deshalb im höchsten Grade gefährliches Subjekt“. Er verstehe es meisterhaft, die Massen durch seine Reden in öffentlichen Versammlungen aufzuregen und zu fanatisieren. Obgleich seine Ausweisung aus den Regierungsbezirken Arnsberg und Düsseldorf vorgesehen war, lebte er jedoch zunächst weiterhin auf freiem Fuß; doch setzten die Behörden alles daran, ihn hinter Schloß und Riegel zu setzen. Unter seinem Einfluß ständen vor allem die Agitatoren niederen Ranges, was ihnen eine Bedeutung gebe, „welche sie ohne den fortgesetzten Verkehr mit Tölcke nicht haben würden“, hieß es in dem Bericht des Regierungsrat Lodemann aus Arnsberg am 31. 12. 1878. Vor allem ärgerte es die Behörden, daß Tölcke für die verfolgten Genossen alle noch vorhandenen Mittel des Rechtsweges ausnutzte, um ihren Haftantritt möglichst lange hinauszuzögern. Staatsanwalt Irgahen und die Regierung in Arnsberg, die am liebsten im Ruhrgebiet reinen Tisch gemacht hätten, sahen darin „den Verdacht einer fortgesetzten aufreizenden Tätigkeit“. Doch konnte auch Tölcke seine Haftstrafe nur hinauszögern, nicht aber verhindern. Am 28. 1. 1879 machte ihm das Kriminalgericht Dortmund den Prozeß wegen Beleidigung von 32 Reichstagsabgeordneten. Tölcke hatte in einer der letzten Nummern der „Westfälischen Freien Presse“ ein Gedicht aus dem „Vorwärts“ abgedruckt mit dem Titel „An die Ja-Brüder im Reichstag“, in dem alle Abgeordneten persifliert wurden, die für das Sozialistengesetz gestimmt hatten. Daß man alles daran setzte, gerade Tölcke ins Gefängnis zu bringen, beweist die Tatsache, daß der Berliner Staatsanwalt das Gedicht im „Vorwärts“ durchgehen ließ, der Dortmunder Staatsanwalt aber alle betroffenen Reichstagsabgeordneten anschrieb mit der Bitte, Strafanzeige gegen Tölcke zu stellen. 32 Abgeordnete kamen seinem Wunsch nach. Tölcke wurde zu neun Monaten verurteilt.

Auch die meisten anderen sozialdemokratischen Agitatoren und Journalisten mußten ins Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte sein Ziel erreicht: der sozialdemokratische Agitationskader im Ruhrgebiet war vernichtet. Die Haftstrafen waren so streng, daß sie die Gesundheit des 62jährigen Tölcke total ruinierte. Schon einen Monat nach seinem Haftantritt mußte er am 16. 3. 1879 entlassen werden, nachdem er längere Zeit sehr leidend war und in den letzten Tagen vor seiner Entlassung die Gefängnisverwaltung offensichtlich mit seinem Tode rechnete. Die Gefängnisstrafen wurden nicht aufgehoben, sondern nur ausgesetzt. Erst durch die Amnestie von 1888 wurden sie Tölcke erlassen. Trotz seiner angeschlagenen Gesundheit und der ständigen Drohung, wieder ins Gefängnis zurück zu müssen, versuchte Tölcke in Dortmund eine Kerntruppe für die Sozialdemokratie zu erhalten, wobei er offensichtlich von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion finanziell unterstützt wurde.

Möglichkeiten der Selbstbehauptung

Hatte in den Zentren der Sozialdemokratie Berlin, Hamburg, Sachsen das Sozialistengesetz im ersten Jahr zur „Verwirrung“ sowohl der Führung als auch der Anhänger geführt, so war es im Ruhrgebiet den Staatsorganen und den Unternehmern gelungen, die Sozialdemokratie fast gänzlich zu beseitigen, nimmt man die Wahlergebnisse unter dem Sozialistengesetz als Maßstab. Bei der Reichstagswahl am 27. 10. 1881 sank der Stimmenanteil der SAPD in Dortmund auf 890 Stimmen (= 3,5%), bei der Ersatzwahl am 17. 5. 1883 sogar auf 696 (= 2,8%), um erst wieder bei der Reichstagswahl am 28. 10. 1884 auf 1812 Stimmen (= 6%) anzusteigen. Bei der Reichstagswahl vom 21. 2. 1887 nahm zwar der Anteil der SAPD absolut (2141 Stimmen), aber nicht relativ zu (= 5,7%). Der große Durchbruch kam durch den großen Bergarbeiterstreik von 1889. Bei der Wahl vom 20. 2. 1890 stieg die Zahl auf 10 422 Stimmen (= 26,7%). In der Stichwahl am 1. 3. 1890 gelang es sogar, 17 014 Stimmen (= 46,1%) zu erreichen. Nach den Nationalliberalen war nun die Sozialdemokratie die stärkste Partei im Wahlkreis Dortmund-Hörde.

Es wäre verkehrt, hinter den schlechten Wahlergebnissen der 80er Jahre eine totale Passivität des ehemaligen SAPD-Führungskaders im Ruhrgebiet zu vermuten. Obgleich die Regierung in Arnsberg 1878 für die Agitatoren und Journalisten Kuhl, Böhn, Kalbfleisch und Schröder die Ausweisung vorgesehen hatte, war offensichtlich nur Kuhl nach Verbüßung seiner Haftstrafe im September 1879 in die USA ausgewandert. Um wenigstens Teile des Kapitals der ehemaligen Genossenschaftsdruckerei zu retten, verkaufte man diese an Karl Püner, der der Fortschrittspartei angehörte und ein Wochenblatt „Der Fortschritt“ herausbrachte. Diese Zeitschrift ließ er eingehen und brachte vom 16. 11. 1878 die „Dortmunder Volkszeitung“ heraus, an der auch die ehemalige Dortmunder SAPD-Führung mitarbeitete. Ein Zusammengehen mit der Fortschrittspartei war damit vorgezeichnet. Die Sozialdemokratie nutzte die einzige Möglichkeit, die ihr noch blieb, um in Erscheinung zu treten, nämlich die Wahlen. Bereits im August 1879 kandidierte Tölcke wieder, wenn auch erfolglos, für das Dortmunder Stadtparlament.

So blieb er auch unter dem Sozialistengesetz die Integrationsfigur der Sozialdemokratie im Ruhrgebiet. Trotz aller Schikanen, die die Partei erfuhr, war er von dem Sieg des Sozialismus überzeugt. Die Situation der Partei im „Westen“, gemeint waren das Rheinland und Westfalen, bezeichnete er im September 1881 in einer Artikelserie im Züricher „Sozialdemokrat“ als „überaus günstig“. Grund zu diesem Optimismus gab ihm einmal die Tatsache, daß es der Partei gelungen war, mit dem Anarchismus in den eigenen Reihen fertig zu werden, zum anderen, daß die Erbitterung über Bismarck's Repressalien der Sozialdemokratie selbst jene Arbeiter zugeführt habe, „die aus verschiedenen Gründen der Agitation bis dahin unzugänglich waren“. Durch Ausstoßung der Anarchisten Hasselmann auf dem Wydener Kongreß (1880) war Tölckes Mißtrauen endlich Rechnung getragen worden. Noch vor dem Kongreß war er in der „Dortmunder Zeitung“ gegen Hasselmann zu Felde

gezogen und hatte gegen dessen an „Blödsinn grenzenden Zynismus“ die Sozialdemokratie in Schutz genommen. In einem Brief wies er Bebel auf diesen Artikel hin, offensichtlich darum bemüht, diesem Argumente für die Diskussion auf dem Parteitag zu liefern.

Die Einschätzung der Situation unter dem Sozialistengesetz im Ruhrgebiet, wie sie Tölcke in seinem Artikel vom 22. 9. 1881 bietet, mochte angesichts der Wahlerfolge im Ruhrgebiet in den 80er Jahren wie Zweckoptimismus erscheinen, bestätigte sich jedoch völlig in der politischen Situation der Jahre 1889/90. Die reaktionäre Politik Bismarck's, so Tölcke, führe zur Revolutionierung der Arbeiter, da sich diese nicht mit den „Schwindeleien Bismarck's, mit Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten“ zufrieden gäben. Bismarck selbst habe also für das „Vorhandensein massenhaften Zündstoffes“ gesorgt, er habe sich selbst „als bester Pfadfinder, Chauseeaufseher und Agitator der Sozialdemokratie betätigt“. Aber bereits in diesem Artikel von 1881 wird auch deutlich, welche Taktik die Sozialdemokratie in dem Bergarbeiterstreik 1889 anwenden sollte. „Bei dieser Sachlage würde es eine unverantwortliche Torheit sein, wenn die Sozialdemokratie selbst in die Entwicklung der in allen Richtungen unaufhaltsamen fortschreitenden Auflösung der modernen Gesellschaft störend eingreifen wollte, was durch einzelne Putsche, zu denen man uns geradezu provozieren will, jedenfalls geschehen würde.“

Die Hoffnung der Sozialdemokratie auf die Revolution, wie sie dann für die 90er Jahre typisch ist, zeichnet sich hier deutlich ab. Tölckes Haltung im Bergarbeiterstreik, sein Aufruf zur Mäßigung, um ein militärisches Eingreifen zu verhindern, wird von dieser Basis aus verständlich. Seine Feststellung: „Also ruhiges Blut und nur noch zwei bis drei Jahre Geduld, dann bricht mit Naturnotwendigkeit die Katastrophe unfehlbar herein“, wird symptomatisch für die Strategie der Sozialdemokratie in den 90er Jahren. Diese Haltung mußte zwar keineswegs zur Inaktivität der Partei führen, beinhaltete allerdings die Gefahr, daß langfristige Perspektiven und langfristig angelegte Aktionen zugunsten kurzfristigen Taktierens zurücktraten. So brachte Tölcke in seinem Artikel ganz praktische Vorschläge, vor allem zu der „sozialistischen Vagabundage“. Er sprach sich gegen die Auswanderung der Ausgewiesenen aus und entwickelte ein System, wie die Ausgewiesenen von den Familien ihrer nichtausgewiesenen Genossen versorgt und beköstigt werden könnten.

Es bleibt offen, inwieweit es Tölcke und den übrigen Agitatoren gelang, im Ruhrgebiet die Sozialdemokratie im Untergrund zu organisieren. Ansätze werden nur in den Wahlkämpfen deutlich. Für die Wahl von 1881 mußte die Sozialdemokratie fast gänzlich auf Propaganda verzichten. Lediglich in einigen Annoncen in der „Volkszeitung“ wurden die Arbeiter aufgefordert, den Kandidaten des Vereins für volkstümliche Wahlen zu wählen. In seinem Bericht an die Regierung spricht der Dortmunder Landrat von sozialdemokratischen Tätigkeiten im Wahlkampf. Die Einstellung der Dortmunder Sozialdemokratie bei den Wahlen unter dem Sozialistengesetz wurde von zahl-

reichen taktischen Überlegungen bestimmt. „Bestimmte örtliche Verhältnisse“, so konstatiert der Züricher „Sozialdemokrat“, hätten das schlechte Ergebnis bei der Ersatzwahl vom 17. 5. 1883 bestimmt. Wegen der repressiven Politik gegenüber den Arbeitern, die durch die Arbeitslosigkeit begünstigt wurde, war Tölcke bei dieser Wahl offensichtlich zunächst bereit, auf seine Kandidatur zu verzichten und durch die Sozialisten den Kandidaten der Fortschrittspartei, den Rechtsanwalt Lenzmann, unterstützen zu lassen, wie der preußische Innenminister im Januar 1883 aus einem Brief Tölckes an Hasenclever wußte. Hasenclever und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatten das offensichtlich gebilligt. Doch war diese Entscheidung auf Kritik gestoßen. Die Sozialdemokraten aus dem Wuppertal drängten die Dortmunder, Tölcke als eigenen Kandidaten aufzustellen, um „die Stärke der Sozialisten gar selbst zu erproben“. Trotz der finanziellen Unterstützung, die die Dortmunder von den Wuppertalern erhielten – die Polizei rechnete mit einem Betrag von 7 000 bis 8 000 DM – und trotz der Wahlversammlungen, die man abhielt, war das Ergebnis das niedrigste, das die Sozialdemokratie je in Dortmund erreichte. Tölcke schien nun zu resignieren. Zwar zog er sich aus der illegalen Parteiarbeit nicht zurück, wie die Demonstration anlässlich der Beerdigung seines Sohnes Gustav im Juni 1884 beweist, an der über 500 Genossen aus Dortmund und Iserlohn teilnahmen, aber die Agitation übernahm nun Georg Schumacher aus Solingen, der 1884 und 1887 für die Sozialdemokratie auch im Wahlkreis Dortmund-Hörde kandidierte. Da er dem Reichstag angehörte, konnte er ungehinderter agitieren als Tölcke, dem immer noch das Gefängnis drohte.

Die Wahlkämpfe für den Reichstag, in denen die Sozialdemokratie, wenn auch nicht als Partei, kurzfristig in sogenannten Wahlvereinen für volkstümliche Wahlen in Erscheinung treten konnte, waren die einzige halbwegs legale Basis, auf der sich die Sozialdemokratie unter dem Sozialistengesetz noch formieren konnte. Doch wurden auch diese Möglichkeiten durch staatliche Repressionen erheblich eingeschränkt. Um aber doch im Untergrund agieren zu können, hatte die Partei auf ihrem Kongreß auf Schloß Wyden in der Schweiz 1880 beschlossen, das Wort „gesetzlich“ aus dem Gothaer Programm zu streichen, so daß es nun hieß: „Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft“.

Zu den „nicht-legalen“ Mitteln zählten primär die Verbreitung des illegalen „Sozialdemokrat“, der seit 1879 in Zürich erschien und von hier aus auf geheimen Wegen nach Deutschland eingeschleust und verbreitet wurde. Auch im westfälischen Industriegebiet wurde auf diese Weise eine Untergrundorganisation von Abonnenten und Kolporteurs (Berichterstatlern) aufrechterhalten. Nach der Auslieferungsliste von 1887 bezogen damals in Bochum 13 bis 33 (die Zahlen sind unterschiedlich nach Quartalen), Dortmund 29, in Essen 15 bis 21, in Gelsenkirchen 10, in Hagen 17, in Iserlohn 10 bis 15, in Steele 7 bis 22 Abonnenten den Züricher „Sozialdemokrat“. Als Kolporteurs treten auf: 1881 Tölcke (ohne freilich seinen Namen zu nennen), 1883: Pumpernickel aus Dortmund, April 1884: „der rote Unver-

besserliche“ aus Dortmund, 1884: G. r. aus Münster/Westfalen, 1886: Wilhelm aus Dortmund, 1887 bis 1889: „der rote Sauerländer“ aus Lüdenscheid, 1889 bis 1890: Mouvement aus Iserlohn, 1887 bis 1890: Wolfgang Wunderlich aus Bochum. Sie alle korrespondierten mit Wilhelm Motteler, dem „roten Feldpostmeister“ der Partei, d. h., dem Organisatoren des illegalen Pressevertriebs.

Die Kolporteurs berichteten über die soziale Situation im Ruhrgebiet, aber auch über illegale spektakuläre Aktionen, die den Zweck hatten, auf die Existenz der Sozialdemokratie im Untergrund aufmerksam zu machen. So hißten in Dortmund am 18. März (dem Revolutionstag) 1884 sozialdemokratische Arbeiter heimlich eine rote Fahne auf dem Petrikirchturm. Ähnliche Aktionen wurden auch aus Iserlohn gemeldet.

Seit 1884 wurde eine Reaktivierung der Parteiarbeit im Ruhrgebiet, vor allem von den Sozialisten aus dem bergischen Industriegebiet aus, betrieben. Am 28. Juni 1885 fand auf der Burg Blankenstein bei Hattingen ein geheimes Treffen von Sozialdemokraten aus der Rheinprovinz (Eiberfeld, Barmen) und Westfalen (Annen, Hattingen, Witten, Gelsenkirchen) statt (vgl. Dokument 1.12). Die Teilnehmer mußten alle Tricks, z. B. Vorgabe einer Geburtstagsfeier, anwenden, um die Polizei nicht auf sich aufmerksam zu machen. Dennoch war diese über die Vortragsthemen der einzelnen Redner und die Beschlüsse der Versammlung unterrichtet. Im Vordergrund der Besprechung stand die Frage der Organisation der SAPD im Rheinland und in Westfalen. Die rheinischen Gemeinden wollten Redner nach Westfalen senden und auch in Zukunft ähnliche Zusammenkünfte wie diese in Hattingen durchführen. Es überrascht nicht, daß bei diesem Treffen primär Fragen der Organisation und der Agitation im Vordergrund standen und nur sekundär über programmatische Themen gesprochen wurde. Soweit diese jedoch zur Sprache kamen, wird deutlich, daß nach wie vor immer noch Lassalle'sche Positionen vertreten wurden. So hielt der rheinische Agitator Heppe einen Vortrag über die Produktiv-Assoziationen. Doch erhoffte man sich keineswegs mehr vom Staat die Hilfe dafür, wie dies von Lassalle vertreten und von den Lassalle'schen Agitatoren bis 1870 noch propagiert wurde. Im Gegenteil: Eine Zusammenarbeit mit dem Staat lehnte man entschieden ab und bekämpfte alle Versuche, die von einer Gruppe in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in diese Richtung hin unternommen wurden. In der entscheidenden Frage um die sogenannte Dampferliniensubvention stellte man sich entschieden auf die Seite Bebels. Dieser kämpfte in der Fraktion gegen eine Mehrheit an, die gewillt war, in den Etatberatungen eine Regierungsvorlage zu unterstützen, die staatliche Zuschüsse für den Dampferlinienverkehr in die deutschen Kolonien vorsah. Man erhoffte sich durch diese Staatssubventionen für den deutschen Kolonialismus Arbeitsplätze für die Hamburger Werftarbeiter.

Die Agitation in Westfalen durch die Agitatoren aus den rheinischen SAPD-Zentren Eiberfeld und Barmen wurde in den folgenden Jahren noch stärker intensiviert. Man wandte nun eine neue Taktik an. Die Agitatoren beschränk-

ten sich nun nicht mehr nur auf die alten sozialdemokratischen Zentren in Westfalen, sondern agitierten auch in den Orten, die bis dahin als aussichtslos für die Sozialdemokratie gegolten hatten, wie z. B. Neheim. Hierher schickten sie einen Agitator, der als Fabrikarbeiter eine kleine Gruppe SAPD-Anhänger sammelte. Sobald die Gruppe intakt war, zog er an einen anderen Ort. Der Wahlerfolg von 1890 macht deutlich, daß diese Form der Agitation wesentlich wirksamer war, als die früher praktizierte. Auch den Behörden war diese neue Form der Agitation nicht verborgen geblieben, und die Erfolge im Wahlkreis Arnsberg waren für sie der Beweis, daß „die Sozialdemokratie auch unter den Fabrikarbeitern, welche in ländlichen Bezirken wohnen, schnell um sich greift“.

Daß in diesen Jahren die Sozialdemokratie im Untergrund einen Agitationskader für das Ruhrgebiet und Westfalen aufbaute, wird deutlich in ihren erfolgreichen Aktionen nach dem Bergarbeiterstreik von 1889. Dieser brachte für die Sozialdemokratie im Ruhrgebiet den eigentlichen Durchbruch. Noch vor der Aufhebung des Sozialistengesetzes konnte sie wieder erfolgreiche Volksversammlungen abhalten, so am 1. November 1889 auf der Hobertsburg in Dortmund, an der 600 Personen teilnahmen (vgl. Dokument 1.13/1.14). Deutlich geht der Aufbau des Agitationskaders nach 1885 aber auch aus der Tatsache hervor, daß die Partei 1890/91 im Regierungsbezirk Arnsberg bereits über 277 Agitatoren verfügte, die offensichtlich nicht erst nach Aufhebung des Sozialistengesetzes hier herangebildet und eingesetzt worden waren.

Der Fall des Gesetzes und die Neuorganisation der Sozialdemokratie an der Ruhr

Bismarck scheiterte an dem Sozialistengesetz. Alle Versuche, die Arbeiterbewegung zu vernichten, indem er ihre Organisationen zerschlug, waren erfolglos geblieben. Eine Verlängerung des Sozialistengesetzes schien der Mehrheit des Reichstages deshalb nicht mehr angebracht. Der Sozialdemokrat feierte dies als Sieg der sozialen Demokratie: „Was haben sie nicht alles angestellt, um die deutschen Arbeiter der Sozialdemokratie abwendig zu machen! Und nichts hat geholfen. Die scharfe Praxis und die milde Praxis des Ausnahmegesetzes, die Versprechungen und Drohungen, die Zugeständnisse und die Scheinreform – alles hat sich als unwirksam erwiesen. Statt an Anhängern einzubüßen, ist die Partei von Jahr zu Jahr gewachsen – in steigender Progression – und steht heute stärker da als je, trotz alledem. Sie hat sich als unbesiegbar erwiesen, weil sie Arbeiterpartei ist, die Partei des Proletariats als Klasse.“

Die regionale Gliederung

Zur Zeit, als der ADAV die bestimmende sozialistische Partei in Westfalen war (1865 bis 1874), bestanden, bedingt durch seine zentralistische Organisation, regionale Gliederungen der Partei nur in Ansätzen. Regionale Aspekte wurden lediglich bei der Zusammensetzung des Parteivorstandes berücksichtigt, wobei Westfalen meistens mit zwei Vorstandsmitgliedern (Bielefeld/südwestfälisches Industriegebiet) vertreten war.

Mit der Herausbildung des Ruhrgebiets wurde die Strukturierung der Partei im westlichen Westfalen stark durch die Einheit dieses Gebietes bestimmt. Nicht nur Tölpcke war bestrebt, aus dem gesamten Ruhrgebiet und dem südwestfälischen Industriegebiet ein einheitliches Agitationsgebiet zu schaffen. Unter dem Sozialistengesetz war nach der Zerschlagung des alten Agitationskaders der neue Parteikader vom Rheinland her aufgebaut worden, was verständlicherweise eine enge Beziehung zwischen beiden Parteilandschaften schuf.

Das neue Organisationsstatut, 1890 auf dem Haller Parteitag beschlossen, sah als regionale Gliederung lediglich die Wahlkreise vor, da man davon ausging, daß das preußische Vereinsgesetz bestimmte Beschränkungen, die es für politische Vereine vorsah, auf Wahlvereine nicht anwenden dürfe, die Sozialdemokratie auf dieser Basis sich also ungestört entfalten konnte.

Noch vor dem Fall des Sozialistengesetzes hatte am 10. 11. 1889 in Elberfeld ein Sozialistenkongreß stattgefunden, an dem Vertreter aus 28 rheinisch-westfälischen Orten teilnahmen, die 28 der insgesamt 52 rheinisch-westfälischen Wahlkreise vertraten. Doch zeigte sich bald, daß dieses Gebiet als

einheitliches Agitationsgebiet zu groß war. Auf dem nächsten gemeinsamen Regional-Parteikongreß, dem Kölner Parteitag (4. 1. 1891) zeichnete sich die Trennung in die rheinische und die westfälische Region bereits ab.

Die Einheit der rheinischen und westfälischen SPD, die sich unter dem Sozialistengesetz entwickelt hatte, hielt man zwar in der Forderung nach wie vor aufrecht – so verabredeten die rheinischen und westfälischen Delegierten auf dem Erfurter Parteitag im Oktober 1891 einen gemeinsamen Parteitag – aber bereits am 6. Dezember 1891 hielt die westfälische SPD einen eigenen Provinzialparteitag ab (vgl. Dokument 3.2). Mit diesem Parteitag, der in Dortmund stattfand, trat zum ersten Mal Westfalen als informeller Parteibeitrag in Erscheinung. An dem Parteitag nahmen 57 Delegierte aus 45 Orten, bzw. 11 Wahlkreisen in Westfalen, Lippe und Waldeck teil, also auch das ostwestfälische Gebiet wurde mit einbezogen. Für das gesamte Gebiet sollte in Dortmund ein Agitationsbüro eingerichtet werden, welches für die Agitation in Westfalen verantwortlich war. Damit wurde Dortmund zum Zentrum der Sozialdemokratie in Westfalen. Dr. Diederich, der vom Parteivorstand nach Dortmund geschickte Redakteur der „Westfälischen Freien Presse“, wurde zum Verwalter und Tölcke zu seinem Stellvertreter bestimmt. Die Parteigenossen in Dortmund sollten laut Parteitagbeschuß alle drei Monate die Geschäftsverwaltung des Büros kontrollieren und das Ergebnis in der Parteipresse mitteilen. Der Parteitag beauftragte das Büro, als neue Zielgruppe in der Agitation besonders die Frauen und die „zu tausenden zählenden polnischen Arbeiter“ zu berücksichtigen.

Die Provinzialparteitage wurden zu einer festen Einrichtung und jährlich, außer 1893, abgehalten: 1892 in Hagen, 1894 in Unna. Doch zeigte sich bald, daß der gesamte Raum Westfalen-Lippe-Waldeck mit seiner recht unterschiedlichen wirtschaftlichen Struktur als einheitlicher Agitationsbezirk kaum zu bearbeiten war. Das mag mit ein Grund dafür gewesen sein, daß das Agitationsbüro recht ineffektiv arbeitete. Hinzu kam, daß Dr. Diederich wegen häufiger Haftstrafe und Tölcke wegen häufiger Krankheit an einer agilen Durchführung der Agitation gehindert wurden. Auch kam zwischen Diederich und dem fast 50 Jahre älteren Tölcke eine Kooperation nicht zustande. Diederich traf alle Entscheidungen selbst, und Tölcke fühlte sich an die Wand gespielt. Die Vorwürfe, die man auf dem Provinzialparteitag in Hagen (1893) deshalb gegen Tölcke erhob, wies er in der letzten Erklärung, die wir von ihm besitzen, entschieden zurück: „Ich bin nie so blödsinnig eitel gewesen, in der Partei einen Vertrauensposten zu übernehmen, dem ich nicht in jeder Beziehung, also auch auf mein Alter, vollständig gewachsen gewesen wäre, wie ich insbesondere während der letzten Wahlkämpfe im hiesigen Kreise genügend bewiesen zu haben glaube.“

Die Delegiertenliste des Hagener Parteitages von 1893 – vertreten waren die Wahlkreise Dortmund, Bochum, Essen, Moers-Rees, Borken-Recklinghausen, Hamm-Soest, Lippstadt-Brilon, Arnsberg-Olpe-Meschede, Altenalserlohn, Hagen-Schwelm und Siegen-Wittgenstein – beweist, daß man von

dem Konzept, Westfalen als einheitlichen Agitationsbezirk zu sehen, wieder abgerückt war, um erneut für das gesamte Ruhrgebiet und das westliche Westfalen einen einheitlichen Agitationsbezirk zu schaffen.

Der Wahlkampf von 1893 hatte gezeigt, daß in kürzester Zeit der Wahlkreis Dortmund-Hörde für die Sozialdemokratie gewonnen werden konnte. Alle populären Vertreter der Parteispitze – auch Bebel – waren hier im Wahlkampf aufgetreten, um der SPD zum Siege zu verhelfen (vgl. Dokument 3.4). Tatsächlich unterlag der 76jährige Tölcke in der entscheidenden Stichwahl im Mai 1893 mit nur 65 Stimmen seinem liberalen Konkurrenten. Es war der letzte seiner zahlreichen Wahlkämpfe, die er seit 1867 für die Sozialdemokratie in ganz Deutschland geführt hatte. Am 30. November 1893 starb der „Vater der westfälischen Sozialdemokratie“. Am 4. Dezember 1893 wurde er auf dem Ostfriedhof in Dortmund beigesetzt.

Der Agitationskader

Die Partei hatte noch unter dem Sozialistengesetz einen Kader gebildet, der für eine erfolgreiche Agitation vor allem im Ruhrgebiet sorgte. Ein Verzeichnis der Polizei vom 17. 2. 1891 führt namentlich und mit genauer Beschreibung 277 Agitatoren für den Regierungsbezirk Arnsberg auf (vgl. Dokument 3.1). Von diesem sind 92 (= 33%) als Bergleute tätig. Rechnet man die 35 Agitatoren dazu, die zuvor Bergleute waren und sich später entweder als Händler selbständig gemacht haben (26) oder aber bei der Parteipresse arbeiteten (9), so rekrutieren sich fast 46% der im Regierungsbezirk Arnsberg tätigen Agitatoren aus dem Bergmannsberuf. Relativ hoch sind mit 71 Agitatoren die Fabrikarbeiter (= 26%) vertreten, wobei zu dieser Gruppe auch die Schlosser/Dreher gerechnet wurden. Im Vergleich zur Zeit vor dem Sozialistengesetz sind unter den Agitatoren die Handwerker mit einem relativ niedrigen Anteil von nur 20% (= 56 Agitatoren) vertreten. Freilich ist die Grenze zwischen Fabrikarbeitern und Handwerkern nicht mehr eindeutig zu ziehen. Unbestimmt bleibt, inwieweit nicht auch die Schreiner und Schuhmacher unter den Agitatoren, die hier unter die Handwerksberufe gerechnet wurden, als Industriearbeiter beschäftigt sind. Zur Gruppe der 39 Agitatoren (= 14%), die hauptberuflich als Händler tätig sind, zählen vor allem die ehemaligen 26 Bergleute. Diese Gruppe besteht vor allem aus Vertretern des Kleinhandels mit Flaschenbier und Tabakwaren, bzw. Hausierern. Es scheint, daß diese Agitatoren in den tertiären Sektor übergewechselt sind, um sich dadurch unabhängig für die Parteiarbeit zu machen. Auffällig ist, daß, von den Mitarbeitern bei der sozialdemokratischen Presse abgesehen, kaum Agitatoren hauptamtlich in der Parteiarbeit tätig sind.

Wie stark die SPD ihre Parteiarbeit im Regierungsbezirk Arnsberg nun auf das Ruhrgebiet konzentrierte, zeigt eine zonale Aufteilung des Kaderns. Folgende Gebiete lassen sich dabei umreißen: 1. das **Ruhrgebiet** mit den Städten Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen und den dazu gehörigen Landkreisen. Ferner der Kreis Hattingen (mit Blankenstein, Welper, Stiepel, Heven, Linden,

Dahlhausen), der Kreis Hörde (mit Annen, Schüren, Wellinghofen, Höchsten) und Unna. 2. das **südwestfälische Industriegebiet** mit den ehemaligen ADAV-Hochburgen Iserlohn und Hagen und den dazugehörigen Landkreisen. Ferner der Kreis Schwelm mit den Städten Schwelm und Gevelsberg und der Kreis Altena mit Lüdenscheid. 3. das **siegerländische Industriegebiet**. 4. die kaum entwickelte Parteilandschaft in der **Hellwegzone** (Soest) und im **Hochsauerland**.

Von den 277 Agitatoren wirkten im **Ruhrgebiet** allein 198 (= 71,5%), im **südwestfälischen Industriegebiet** 75 (= 27%), im **siegerländer Industriegebiet** jedoch nur 3 (= 1%). Geht man von der Zahl der Agitatoren aus, so waren zu diesem Zeitpunkt – im Gegensatz zu den Ansätzen in den 80er Jahren – die **Hellwegzone** und das **Hochsauerland** für die Sozialdemokratie gänzlich unterentwickelte Gebiete. Lediglich in Soest war ein Agitator tätig.

Im **Ruhrgebiet** lag gemessen an der Zahl der Agitatoren der Schwerpunkt im Landkreis Bochum (60), der Stadt Dortmund (60) und dem Kreis Gelsenkirchen (47). Da die Agitation primär von den Bergleuten getragen wurde, lag ein neues Agitationszentrum in der Kernzone des Kohlebergbaus, der Emscherzone. Trotz des hohen Anteils der Bergarbeiter unter den Agitatoren stellten jedoch sowohl in den Städten Dortmund wie auch Bochum und Witten noch weitgehend Handwerker den Agitationskader. Anders ist es dagegen in den ausgesprochenen Bergbaugemeinden.

Im **südwestfälischen Industriegebiet** rekrutiert sich der Agitationskader weitgehend aus den Arbeitern der Eisenindustrie. Das gilt für die Industriegemeinden des Landkreises Hagen (Haspe, Herdecke, Wetter) wie für die Städte Altena, Lüdenscheid, Iserlohn, Schwelm und Gevelsberg. Nur Hagen selbst macht eine Ausnahme. Hier entstammen wie in Dortmund und Bochum die Agitatoren weitgehend den Handwerksberufen.

Die berufliche Zuordnung der Agitatoren läßt den Schluß zu, daß der SPD in Westfalen der Durchbruch gelungen war, als sie auch die Bergleute gewonnen hatten. Sie bildeten die zuverlässigste Stütze des Agitationskadern und die wichtigste Wählerschicht.

Obgleich von der Partei immer wieder die Notwendigkeit der Landagitation betont wurde und vor Erlaß des Sozialistengesetzes in Westfalen Ansätze einer gezielten Landagitation vorhanden waren, ließ man diesen Bereich nach dem Fall des Sozialistengesetzes fast gänzlich unbeachtet. Mag sein, daß hier die Konkurrenz mit dem Zentrum als zu groß angesehen wurde.

Perspektiven

In den 60er und 70er Jahren des 19. Jahrhunderts war Westfalen eine Hochburg des Lassalleanismus. Die sozialistische Gesellschaft glaubte man zu dieser Zeit auf dem Weg über die Produktiv-Assoziationen zu erreichen. Zur

Einrichtung dieser Assoziationen sollte der Staat Kredite zur Verfügung stellen. Man hatte kaum Zweifel, daß das der preußische Junkerstaat nicht leisten könnte. Der preußischen Regierung unter Bismarck stand man also gar nicht so feindlich gegenüber. Doch hatte sich die anfängliche Begeisterung für den preußischen Staat in den 70er Jahren in eine deutliche Skepsis, schließlich in eine offene Gegnerschaft gegen die herrschenden Kräfte im Staat gewandelt. Die Diskussion um die sogenannten Dampferliniensubventionen auf dem Blankensteiner Treffen hatte gezeigt, daß man unter dem Sozialistengesetz in der westfälischen Sozialdemokratie keineswegs geneigt war, der Regierung irgendwelche Konzessionen zu machen. Daß Tölcke im großen Bergarbeiterstreik von 1889 die sogenannten Kaiserdelegierten ermunterte, zur Audienz nach Berlin zu fahren, war weniger durch seine ehemalige monarchistische Haltung, vielmehr durch die Angst bestimmt, Bismarck könne den Streik mit Militärgewalt niederwerfen. So sahen es wohl auch die meisten Bergleute.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes kam es jedoch auch in Westfalen zu einer Auseinandersetzung zwischen den sogenannten „Jungen“ und den „Alten“. Die „Jungen“, wie diese Oppositionsgruppe genannt wurde, deren Sprachrohr die „Berliner Volkstribüne“ war, wandten sich gegen ein starkes parlamentarisches Engagement der SPD. Die Hauptvertreter dieser Gruppe, Werner und Wildenberger wurden auf dem Parteitag in Halle (1890) aus der SPD ausgeschlossen. Sie gründeten noch in Halle eine eigene „Partei der Unabhängigen Sozialisten“, für die Kampfmeier, Wille und Paul Ernst als Programm das „Manifest der Unabhängigen Sozialisten“ schrieben. Mit dem Parteiausschluß war das Problem jedoch keineswegs ausgestanden. Auch den Erfurter Parteitag (1891) bestimmte weitgehend die Auseinandersetzung mit der Opposition. Im Ruhrgebiet hatte sich im Wahlkreis Bochum eine Gruppe „Unabhängiger Sozialisten“ gebildet, als deren Sprecher der Redakteur Jeup eine eigene Zeitung: „Die Volksstimmen“ herausgab (vgl. Dokument 3.3). Jeup hatte sich auf dem Erfurter Parteitag für die Opposition eingesetzt und damit gegen Tölcke Stellung bezogen, der als Delegierter für Dortmund die Opposition heftig angegriffen hatte.

Die Auseinandersetzung mit den „Unabhängigen“ und ihrem Sprecher erfolgte auf dem Dortmunder Provinzialparteitag im Dezember 1891. In einer Resolution erklärte sich der Parteitag (mit einer Gegenstimme, nämlich der von Jeup) „mit der Haltung des Genossen Jeup auf dem Parteitag in Erfurt nicht einverstanden“, und versprach, „unentwegt unter der bisherigen Taktik fortzuschreiten“.

Damit stellte man sich voll und ganz auf den Boden des neuen in Erfurt verabschiedeten marxistischen Parteiprogramms, das auf einem Entwurf von Kautsky und Bernstein basierte. Tölcke war als ehemaliger Lassalleaner vom Erfurter Parteitag bewußt in die zwölfköpfige Programm-Kommission gewählt worden und hatte hier den Entwurf voll unterstützt. In Westfalen wurde nach 1893 der Marxismus vor allem von Dr. Franz Lütgenau propagiert. Lütgenau war vom Parteilvorstand zum Redakteur der Dortmunder

„Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung“, dem Nachfolgeblatt der „Freien Westfälischen Presse“ bestimmt worden. In seinem Grundsatzreferat, das er auf dem Unnaer Parteitag 1894 hielt, ist nichts mehr von Lassalleschen Kernsätzen zu finden. Man diskutierte nun auf der Basis marxistischer Positionen. Doch geht mit der Rezeption dieser marxistischen Positionen in Westfalen parallel der Glaube an die unbedingte Erringung der Macht auf dem Weg über die Erringung der parlamentarischen Mehrheit. Und so konnte man in Unna behaupten: „Es hat keinen Wert, daß wir mit Gewalt vorgehen, wenn wir die Mehrheit haben, brauchen wir keine Gewalt“. Mit der allmählichen Eroberung des Ruhrgebietes: 1895 gewann die SPD den Wahlkreis Dortmund-Hörde, 1903 den Wahlkreis Bochum, 1906 den Wahlkreis Altena-Iserlohn, 1912 den Wahlkreis Hagen-Schwelm – glaubte man sich diesem Ziel näher denn je.

Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung

Sozialdemokratisches Organ für das Ruhrgebiet. **2. Jahrg**
No. 102. **Donnerstag, 3. Mai 1893.**

Wen wählen wir am 3. Mai? Carl Wilhelm Tölcke.

3. Mai 1893.
Heiß auf zur Wahl! Es ruft zum Streik
Arbeitend Volk, der 3. Mai,
Denn die Kunde ist entsetzt
Der Deutschen Abgeordneten ist:
Ob es der Mann der Schlichter,
Ob der Mann der Schwärze Seidung sei,
Ob der Mann der Arbeit,
Die nur allein der Arbeit Schöpfer!
Auf Sozialisten!
Auf alle die zur Wahl;
Auf alle die zur Wahl;
Zum ersten Schritt
Auf der Befreiung Bahn!
Auf alle die zur Wahl;
Auf alle die zur Wahl;
Zum ersten Schritt
Auf der Befreiung Bahn!
Auf alle die zur Wahl;
Auf alle die zur Wahl;
Zum ersten Schritt
Auf der Befreiung Bahn!
Auf alle die zur Wahl;
Auf alle die zur Wahl;
Zum ersten Schritt
Auf der Befreiung Bahn!

3. Mai 1893.
Heiß auf zur Wahl! Es ruft zum Streik
Arbeitend Volk, der 3. Mai,
Denn die Kunde ist entsetzt
Der Deutschen Abgeordneten ist:
Ob es der Mann der Schlichter,
Ob der Mann der Schwärze Seidung sei,
Ob der Mann der Arbeit,
Die nur allein der Arbeit Schöpfer!
Auf Sozialisten!
Auf alle die zur Wahl;
Auf alle die zur Wahl;
Zum ersten Schritt
Auf der Befreiung Bahn!
Auf alle die zur Wahl;
Auf alle die zur Wahl;
Zum ersten Schritt
Auf der Befreiung Bahn!
Auf alle die zur Wahl;
Auf alle die zur Wahl;
Zum ersten Schritt
Auf der Befreiung Bahn!

3. Mai 1893.
Heiß auf zur Wahl! Es ruft zum Streik
Arbeitend Volk, der 3. Mai,
Denn die Kunde ist entsetzt
Der Deutschen Abgeordneten ist:
Ob es der Mann der Schlichter,
Ob der Mann der Schwärze Seidung sei,
Ob der Mann der Arbeit,
Die nur allein der Arbeit Schöpfer!
Auf Sozialisten!
Auf alle die zur Wahl;
Auf alle die zur Wahl;
Zum ersten Schritt
Auf der Befreiung Bahn!
Auf alle die zur Wahl;
Auf alle die zur Wahl;
Zum ersten Schritt
Auf der Befreiung Bahn!